Staatsverschuldung: Die Zinsen zahlt der kleine Mann S. 11 | 1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 45 vom 7. November 1980 — 14. Jahrgang — 1 DM



14 000 Demonstranten marschierten am Sonntag zum Baugelände der „Startbahn 18 West" des Frankfurter Flughafens. Ihr Protest richtete sich gegen den aus Profitgründen vorgenommenen Ausbau des Flughafens, der für die umliegenden Gemeinden erhebliche Belastungen mit sich bringen würde. Starke Polizeikräfte waren aufgeboten worden; sie gingen mit Wasserwerfern gegen die Demonstranten vor. Obwohl es in der letzten Zeit immer wieder zu Protestaktionen gekommen war, an denen sich auch die örtlichen Organisationen der bürgerlichen Parteien beteiligten, hat Ministerpräsident Börner den Willen der hessischen Landesregierung bekräftigt, an dem Bauvorhaben festzuhalten. Unser Bild zeigt eine Demonstration, die schon vor einigen Wochen am Bauplatz stattgefunden hat.

Konzernpläne bedrohen ganze Großstadt

Arbeitsplatzvernichtung stößt auf Widerstand

Demonstrationen der Hoesch-Arbeiter / Dortmunder Bürger solidarisch

DORTMUND. — Am Freitag vergangener Woche marschierten 1 500 Stahlkocher von den Hoesch-Werken durch die Stadt. Mit ihrem Kampf für die Erhaltung der Arbeitsplätze bei Hoesch stehen sie nicht allein. Eine breite Solidaritätsbewegung unter den Bürgern Dortmunds ist in Gang gekommen. Denn die Pläne der Konzernherren von Estel-Hoesch zielen auf den völligen Abbau der Stahlbasis in Dortmund. Eine Großstadt sieht sich in ihrer Existenz bedroht.

Die Parole der demonstrierenden Hoesch-Arbeiter — Teile der Belegschaft hatten die Arbeit niedergelegt — lautete: „Stahlwerk jetzt!". Und während sich die 1 500 Stahlkocher vor der Hauptverwaltung von Hoesch versammelten, tagte dort drinnen der Aufsichtsrat, um über den versprochenen Bau eines neuen Blasstahlwerkes zu verhandeln.

Die Konzernzentrale in Ijmuiden an der holländischen Nordseeküste hatte dem Hoesch-Vorstand die Direktive erteilt, den Bau des Stahlwerkes zu „verschieben". Dabei sind zwei der drei veralteten Siemens-Martin-Werke, die durch das neue Stahlwerk ersetzt werden sollen, inzwischen bereits stillgelegt! Die „Verschiebung" der Errichtung des modernen Oxygenstahlwerkes, für das Bund und Land an Hoesch bereits Subventionen und Finanzhilfen in Höhe von 240 Millionen Mark gezahlt haben, läuft auf den völligen Abbau der Stahbasis in Dortmund hinaus.

Damit aber würden nicht allein bei Hoesch 10 000 Arbeitsplätze vernichtet, sondern die ganze Stadt Dortmund wäre auf die härteste Weise betroffen. Die Stahlstadt an Emscher und Ruhr würde einer wirtschaftlichen Katastrophe entgegengehen. Rund 200 000 Dortmunder, ein Drittel der Einwohnerzahl, sind direkt oder indirekt von Hoesch wirtschaftlich abhängig. Die Abschaffung der Stahlbasis in Dortmund würde auf längere Sicht den Zusammenbruch der gesamten Metallurgie im östlichen Westfalen nach sich ziehen.

Deshalb stoßen die Pläne der Estel-Bosse auf Protest und Widerstand breitester Kreise in Dortmund bis hinein in die Dortmunder Geschäftswelt. Es haben sich bereits mehrere Bürgerinitiativen gebildet, die den Kampf für die Erhaltung der Stahlbasis unterstützen wollen. In einem Apell „Dortmund darf nicht sterben!" haben sich Schriftsteller, Geistliche, Ärzte und andere Personen gemeinsam mit Hoesch-Beschäftigten, darunter die beiden RGO-Betriebsräte Siemon und Bömer, an die Öffentlichkeit gewandt, um die Bevölkerung auf die drohende Gefahr aufmerksam zu machen. Auch Ehefrauen von Stahlarbeitern ergreifen die Initiative. Sie rufen die Frauen zur aktiven Mitwirkung am Kampf für die Verteidigung der Arbeitsplätze auf.

Vergeblich wartete man bislang allerdings auf ähnliche Aktivitäten der örtlichen Führungsgremien von IG Metall und DGB. Innerhalb der Dortmunder Gewerkschaftsorganisationen allerdings haben bereits viele Kollegen Schritte unternommen, um die Solidaritätsfront zu stärken.

Am Freitag dieser Woche soll in Dortmund eine große Demonstration gegen die Konzernpläne bei Hoesch stattfinden. Alle Bürger sind zur Teilnahme aufgerufen.

Jetzt sind die Stahlbarone dabei, überall an Rhein, Ruhr, Saar und Weser die Lasten der Krise brutal auf die Belegschaften und die Bevölkerung abzuwälzen. Das Dortmunder Beispiel zeigt, daß man sich dagegen zur Wehr setzen kann.

Einigung bei Koalitionsverhandlungen

Matthöfers Sparprogramm darf nicht hingenommen werden!

Weitgehende Übereinkunft haben die Koalitionsparteien SPD und FDP bei den Verhandlungen über die künftige Regierungspolitik erzielt. Im Mittelpunkt stand dabei das Einvernehmen über den Plan des Finanzministers Matthöfer, mit einem radikalen Sparprogramm die zerrütteten Staatsfinanzen zu sanieren.

Wie der RM schon berichtete, sollen dafür ausschließlich die Werktätigen zur Kasse gebeten werden. Auf Matthöfers Liste stehen unter anderem eine drastische Erhöhung der Mineralölsteuer, die Erhöhung der Beiträge für die Rentenversicherung, die Streichung von Subventionen für die Landwirtschaft sowie Arbeitsplatzvernichtung und Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst. Die Koalitionsparteien begründen ihren Rundumschlag gegen den sozialen Besitzstand der Werktätigen schlicht damit, es sei eben kein Geld da.

Kein Geld da? Warum werden dann nicht zum Beispiel die riesigen Rüstungsausgaben zusammengestrichen? Warum werden nicht, wie es unsere Partei in ihrem Aktionsprogramm fordert, die Profite der Kapitalisten rigoros besteuert? SPD und FDP haben sich dagegen auf ein Programm geeinigt, mit dem alle Lasten der kapitalistischen Krise auf die Werktätigen abgewälzt werden sollen. Gegen diesen frontalen Angriff auf ihren Besitzstand müssen sich die arbeitenden Menschen in unserem Land mit aller Kraft zur Wehr setzen. Besondere Bedeutung wird dabei den kommenden Tarifrunden zukommen. (Siehe auch Artikel auf Seite 2 und 3).

Diese Woche

Die gerechten Forderungen Irans müssen erfüllt werden

TEHERAN. — Mit überwältigender Mehrheit beschloß am letzten Sonntag der Teheraner Majlis, das iranische Parlament, die Bedingungen, die die USA erfüllen müssen, um die Frage der Botschaftsbesetzung zu lösen.

Die vom iranischen Parlament gestellten Forderungen sind vollkommen gerecht und ziehen die Lehren aus den Erfahrungen mit der amerikanischen Iranpolitik in den letzten Jahrzehnten, auch und gerade aus der Zeit nach der Revolution gegen das faschistische Pahlevi-Regime.

Es wird gefordert: daß die USA eine feste Verpflichtung ablegen, sich weder direkt noch indirekt in die politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten des Irans einzumischen, daß die gegen den Iran getroffenen Maßnahmen rückgängig gemacht werden, für entsprechende Schäden gehaftet wird, daß die beschlagnahmten iranischen Guthaben zurückgegeben werden und auch die vom Schah geraubten Gelder dem iranischen Staat zurückgegeben werden.

Diese vier zentralen Forderungen sind von den USA aus ohne Schwierigkeiten zu erfüllen, so daß klar zutagetreten wird, wie die Worte Carters einzuschätzen sind, er wolle die anstehenden Probleme lösen. Diese Forderungen sind minimale Bedingungen angesichts der Verbrechen des USA-Imperialismus an den Völkern des Irans.

Todesurteil vollstreckt

Türkei: Terror der Junta wächst

ANKARA. — Die türkischen Generäle haben in der vergangenen Woche eine „vorläufige Verfassung" vorgelegt, in der sie ihren faschistischen Kurs bestätigen. Diese Verfassung bekräftigt das Verbot der politischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit.

Die Junta hat darüber hinaus auch keinerlei Termin für eine Rückkehr zu parlamentarischen Verhältnissen genannt und damit deutlich gemacht, daß sie sich für eine lange Zeit einzurichten gedenkt. Indessen zeigt sich immer deutlicher das terroristische Gesicht des Militärregimes. Bislang sind nach Angaben der bürgerlichen Presse rund 20 000 Menschen verhaftet worden — fast ausschließlich Angehörige der Linken.

Widerstand gegen die Junta wird mit brutaler Waffengewalt gebrochen. So wurden in den letzten Tagen zwei Menschen in der Stadt Kayseri und acht Kurden von Militärs erschossen. In der vergangenen Woche wurde auch erneut ein Todesurteil der faschistischen Militärjustiz vollstreckt. In der Hafenstadt Adana fand ein junger Revolutionär durch den Strang den Tod.

All diese Tatsachen entlarven einmal mehr das Gerede der Bonner Regierung von angeblich demokratischen Zuständen in der Türkei. Für alle fortschrittlichen Menschen in unserem Land sind sie eine Verpflichtung, den Kampf gegen die Bonner Militär- und Finanzhilfe für das faschistische Regime in Ankara fortzuführen.



Razzia der Armee in einem Arbeiterviertel

Kommentar

„Man wird uns in einer gesamtwirtschaftlichen Lage, die nicht einfacher wird, weiter als Sachverwalter der breiten arbeitenden Schichten zu verstehen haben." Originalton Willy Brandt. Keine Äußerung aus dem Wahlkampf jedoch, wo es gerade Brandt war, der seiner SPD den falschen Schein einer Partei der werktätigen Menschen verleihen wollte.

Willy Brandt sagte das fast einen Monat nach der gewonnenen Bundestagswahl. Nach dem Schock über Matthöfers Sparprogramm bekommen die Mitglieder und Wähler der sozialdemokratischen Partei jetzt auch noch diesen unverschämten Fußtritt vom Vorsitzenden. Sie, die „arbeitenden Schichten", waren aufgefordert worden, der SPD ihre Stimme zu geben. Denn nur dadurch, so hieß es, könnten Strauß, der „Kandidat des großen Geldes", und sein Angriff auf den sozialen Besitzstand der Werktätigen gestoppt werden.

Großer Kristenstab mit Gewerkschaftsführern

Und jetzt? „Nach den Wahlen kommt das Zahlen". Selten zuvor hat sich diese aus der Erfahrung des Volkes mit der bürgerlichen Demokratie gewonnene Erfahrung so bitter bestätigt wie in diesen Tagen. Während Strauß sich vorübergehend aus der Schußlinie in seine Münchener Residenz zurückgezogen hat, bereiten die Schmidt, Matthöfer und Lambsdorff eine Offensive gegen die Werktätigen vor, deren Inhalt Punkt für Punkt aus Straußens Programm abgekupfert sein könnte. Ja, sie bedienen sich jetzt sogar der Unions-Wahlparolen, wenn auf einmal die Höhe der Staatsverschuldung beklagt und die Sanierung der Finanzen des Bundes in den Mittelpunkt geschoben werden. Und saniert werden soll natürlich durch den tiefen Griff in die Taschen der Werktätigen — nicht etwa durch das Drosseln der gigantischen Rüstungsprogramme oder die stärkere Besteuerung der Unternehmerprofite.

All das bestätigt einmal mehr, was wir Kommunisten im Wahlkampf stets gesagt haben: Daß nämlich — bei allen Unterschieden — die SPD ebenso eine Partei des Monopolkapitals ist wie die Union: daß Schmidt ebensowenig wie Strauß die Interessen der „arbeitenden Schichten" in irgendeiner Weise vertritt, daß beider Kurs für die Zuspitzung der wirtschaftlichen Krise in den 80er Jahren in der Abwälzung aller Lasten auf die Werktätigen besteht.

Wenn dennoch ein Brandt glaubt, er könne es sich leisten, die brutale kapitalistische Krisenpolitik seiner Partei als Interessensvertretung für die „arbeitenden Schichten" zu verkaufen, so hat das einen einfachen Grund. Diese Politik nämlich ist von denen, die sich gerne als die gewählten Vertreter der Arbeitnehmer bezeichnen, von den Spitzen der DGB-Gewerkschaften, offiziell abgesegnet worden. In der vergangenen Woche trat der sogenannte Gewerkschaftsrat der SPD zusammen. Teilnehmer waren unter anderem: Schmidt, Brandt, Wehner, Matthöfer, Vetter, Kluncker und Loderer. Und dieser exklusive Kreis entpuppte sich alsbald als großer Krisenstab für die geplante umfassende Offensive gegen den sozialen Besitzstand der Werktätigen.

Denn hier bekundeten die Gewerkschaftsführer ihre Zustimmung zum Sparprogramm der Bundesregierung, ihre Bereitschaft, dieses Programm in den eigenen Reihen durchzusetzen. Sie wollen „auf keinen Fall einen gesellschaftlichen Dauerkonflikt anstreben"; sie wollen dafür sorgen, daß sich die nächsten Tarifabschlüsse „nicht mehr auf dem Niveau der letzten Jahre" bewegen — und so weiter, und so fort.

Auf die Werktätigen in unserem Land kommen harte Zeiten zu. Sie sind doppelt verraten. Von der SPD, die sich doch wieder einmal als großes Übel erweist. Und von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern, die sich jetzt offener als zuvor willig zu Vollstreckern des kapitalistischen Krisenprogrammes machen. Die Werktätigen aber werden nicht Steuererhöhungen, Preisexplosionen und Lohnkürzungen aus „gesamtwirtschaftlicher Verantwortung" hinnehmen, wie es die Vetter, Loderer und Kluncker von ihnen verlangen.

Unsere Partei wird die Abwehrkämpfe gegen den jetzt eingeleiteten Frontalangriff gegen die arbeitenden Menschen in unserem Land nach Kräften fördern und unterstützen. Sie sieht sich angesichts des großen Krisenstabes der Bonzen und Minister zudem in ihrer Überzeugung bestätigt, daß die Entwicklung der innergewerkschaftlichen Opposition gegen die Kapitulationspolitik der Führung, daß vor allem die Stärkung der RGO mehr denn je das Gebot der Stunde ist.

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bonner Koalitionsverhandlungen

FDP stimmt Matthöfers Sparprogramm zu

Reaktionäre Gesetze bleiben erhalten

BONN. — Bei den Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und FDP stand das Sparprogramm von Finanzminister Matthöfer im Mittelpunkt, das einen frontalen Angriff gegen den sozialen Besitzstand der Werktätigen in unserem Land darstellt (der „Rote Morgen" berichtete in seiner letzten Ausgabe ausführlich darüber). Die FDP setzte diesem vom größeren Koalitionspartner in die Verhandlungen eingebrachten Programm keinen Widerstand entgegen.

Im Gegenteil, die FDP-Unterhändler, allen voran Graf Lamsdorff, forderten sogar eine noch härtere Sparpolitik zu Lasten der Werktätigen. Wenn auch die Koalitionsverhandlungen unter strikter Geheimhaltung geführt wurden, so sickerten bis Redaktionsschluß doch einzelne Ergebnisse durch. So erklärte etwa die FDP ihr Einverständnis für die von Matthöfer geforderte Erhöhung der Mineralölsteuer, die unter anderem eine weitere Explosion des Benzinpreises zur Folge haben wird. Nur über den endgültigen Steuersatz (der Finanzminister hatte eine Erhöhung um sieben Pfennig pro Liter gefordert) wurde noch keine Übereinkunft erzielt.

Beschlossene Sache sind auch die Streichungen der Ölsubventionen für die Landwirtschaft, eine Maßnahme, die gerade die kleinen Höfe schwer belasten wird. Um diesen Punkt hatte die FDP vor den Verhandlungen viel Wirbel gemacht, weil sich der von ihr gestellte Landwirtschaftsminister Ertl immer gerne als Interessenvertreter der Bauern im Bonner Kabinett präsentiert. Das Ergebnis der Verhandlungen aber hat einmal mehr deutlich gemacht, daß Ertl kein Vertreter der kleinen Bauern, sondern ein Bauernleger ist. Gegen die Streichung der Öl-Subventionen hat der Bauernverband Maßnahmen angekündigt.

Einen weiteren Punkt der Beratungen, der zwischen den Parteien zuerst umstritten war, stellte die Wohnungspolitik dar. Matthöfer will die Mittel des Bundes für den sozialen Wohnungsbau, die derzeit 1,5 Milliarden Mark pro Jahr betragen, um zehn bis zwanzig Prozent kürzen, womit er auch die Zustimmung des Koalitionspartners fand. Lambsdorff wollte zudem noch Erleichterungen beim Mieterhöhungsverfahren für Vermieter durchsetzen, weil nach seiner Ansicht der freifinanzierte Wohnungsbau wieder mehr Gewinne abwerfen muß. Man einigte sich schließlich auf die Einführung einer sogenannten Staffelmiete, das heißt: beim Einzug in eine neue Wohnung muß der Mieter einen Vertrag unterschreiben, in dem schon die Mieterhöhungen für die kommenden Jahre festgelegt sind.

Dieser reaktionäre Kurs in der Wohnungspolitik wird die Einkommen von Millionen Werktätigen in den nächsten Jahren erheblich belasten und dazu führen, daß sich durch die Abnahme des für die werktätigen Familien erschwinglichen Wohnraums die Wohnungsnot drastisch verschärfen wird.

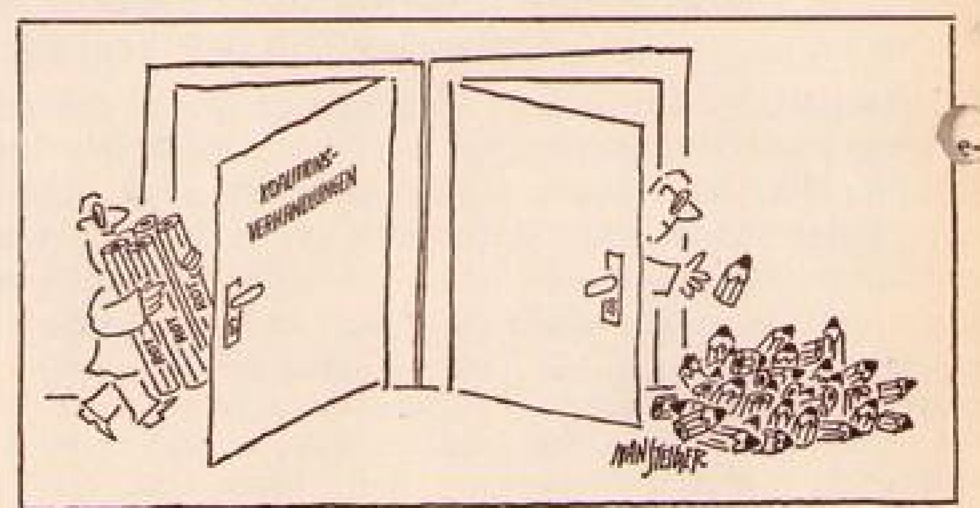
Ohne große Auseinandersetzung hat Matthöfer offenbar auch die anderen Punkte seines Sparprogramms durchsetzen können, die von der Streichung der Sparbeihilfen bis zur Lohnkürzung und zum Personalabbau im öffentlichen Dienst gingen.

Auseinandersetzungen gab es dagegen im Bereich der sogenannten Rechtspolitik. Hier hatte sich vor der Wahl gerade die FDP durch das Versprechen, für die Streichung von reaktionären Gesetzen einzutreten, als liberale Kraft profilieren wollen — und sicherlich verdankt die FDP nicht zuletzt diesen Versprechungen ihren Wahlerfolg. Jetzt einigte man sich mit der SPD auf die Streichung des Paragrafen 88a (Verherrlichung von Gewaltstraftaten). Bei der von der FDP geforderten Streichung des Paragrafen 130a (Anleitung zu Straftaten), 90a (Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole) und 90b (Verunglimpfung von Verfassungsorganen) dagegen zog die SPD nicht mit. Der Staat — so die Schmidt-Leute — müsse geschützt werden.

Bei dem während der Schleyer-Entführung durchgepeitschten Kontaktsperregesetz, gegen das sich vor der Wahl Politiker beider Parteien ausgesprochen hatten, ging es jetzt nur noch um Schönheitskorrekturen. Die Kontaktsperre soll aufrechterhalten bleiben, inhaftierte „Terroristen" sollen aber dennoch den Besuch ihrer Anwälte empfangen dürfen. Wie das miteinander zu vereinbaren sei, darüber waren sich die beiden Parteien jedoch nicht einig.

Auch weitere liberale Wahlschlager der FDP blieben auf der Strecke. So etwa die Abschaffung des Paragrafen 218 (SPD: Das stehe „nicht zur Diskussion"). Bei den Verhandlungen über den faschistischen Terrorismus wurde dann das gleiche Spiel mit umgekehrten Rollen gespielt. Hier war es die SPD, die Forderungen stellte. Sie trat allerdings nicht für das von gewerkschaftlichen und fortschrittlichen politischen Organisationen immer wieder geforderte Verbot faschistischer Organisationen ein, sondern nur für die Verschärfung von Gesetzen gegen die faschistische Propaganda (die Einführung von NS-Emblemen und die „Verharmlosung nationalsozialistischer Gewalttaten" soll unter Strafe gestellt werden).

Aber selbst das war der FDP schon zuviel. Ihre Unterhändler



erklärten allen Ernstes, das „Phänomen des Rechtsextremismus" könne nicht oder nur unzureichend durch Gesetze bekämpft werden. Und wenn schon Gesetze, dann müßten die sich auch gegen „die andere Seite des politischen Spektrums" richten. So sorgten also die Koalitionsparteien im Wechselspiel dafür, daß reaktionäre Gesetze erhalten bleiben und fortschrittliche Gesetze nicht angenommen wurden.

Reiseverkehr DDR-Polen:

DDR macht die „Friedensgrenze" dicht

Erpressung und Aggressionsdrohungen

Seit dem 30. Oktober sind die Möglichkeiten für Bürger Polens und der DDR, ins jeweilige Nachbarland einzureisen und sich zu besuchen, drastisch eingeschränkt worden. Diese Maßnahme trifft die Bevölkerung beider Staaten hart.

1971 hatten Polen und die DDR ein Abkommen über den paß- und visafreien Reiseverkehr geschlossen. Millionen Menschen nutzten in den folgenden Jahren die Möglichkeit zum Ausbau der Kontakte, zu Urlaubs- und Einkaufsfahrten. Letzteres gilt besonders für die Bürger Polens, die in grenznahen Gebieten wohnen, denn sie fuhren oft zum Einkaufen über die Grenze. Gerade die DDR-Führung hatte immer wieder die Vorteile dieses Abkommens zum Reiseverkehr über die „Friedensgrenze" hervorgehoben.

Jetzt aber soll alles anders werden: Nur wenn man eine schriftliche Einladung desjenigen, den man im anderen Land besuchen will, vorweisen kann, darf man die jetzt wieder bewachte Grenze passieren. Für DDR-Bürger muß eine solche Einladung den zuständigen Stellen der Volkspolizei zur Registrierung und Bestätigung vorgelegt werden. Auch die Genehmigung für Polen wird nicht etwa von polnischen Behörden ausgestellt — von polnischer Seite sind diese Beschränkungen in keiner Weise auferlegt worden. Vielmehr müssen DDR-Bürger, die Polen einladen wollen, diese Einladung ebenfalls von der VoPo für ihre Gäste bestätigen lassen.

Schon das macht deutlich, was von den Behauptungen der DDR, die übrigens wie üblich von der westdeutschen DKP stumpfsinnig nachgeplappert werden, zu halten ist, die von einer „gegenseitigen Übereinkunft" sprechen. In Wahrheit ist dies ein Diktat der DDR-Führung. Das bestätigte auch das Mitglied der polnischen revisionistischen Partei, Eugeniusz Guz, am 30. Oktober. Guz erklärte, die polnischen Behörden seien zu dem einseitigen DDR-Beschluß lediglich „konsultiert" worden. Ihnen sei nichts anderes übrig geblieben, als ihn „mit Bedauern" hinzunehmen.

Die polnische Bevölkerung hat auf diese Maßnahmen betroffen reagiert. Es kam zu öffentlichen Unmutsäußerungen.

Die DDR führt diese Maßnahmen durch, nachdem noch vor kurzem das Abkommen von 1971 öffentlich bejubelt worden ist. Sie will dadurch ganz offensichtlich erreichen, daß die DDR gegenüber den „zersetzenden Einflüssen" der Arbeiterbewegung Polens abgeschottet wird. **Ein weiterer Schritt, der die Angst der Honecker-Clique ebenso offenbart wie ihre Aggressivität. Denn begleitet wurde dieser Schritt von unverhohlenen Drohungen gegen die polnische Führung und die Souveränität des polnischen Staates.**

Die Dauer der Reisebeschränkungen und Kontrollen, so heißt es im „Neuen Deutschland" vom 29.10., hänge davon ab, welche Fortschritte Polen auf dem Wege der „Festigung der sozialistischen Arbeiter- und Bauern-Macht", das heißt bei der Wiederherstellung von Ordnung und Friedhofsruhe im Sinne der Moskauer Oberherren, mache! Außerdem wurde betont, daß eine Verletzung der Position Polens als treues Mitglied im Warschauer Pakt „zu unvorstellbaren Konsequenzen nicht nur in Polen, sondern auch in Europa führen" müßte. Somit droht auch die Oder-Neiße-Grenze, die einst wirklich als Friedensgrenze zwischen dem deutschen und dem polnischen Volks beschlossen wurde, zu einer Aufmarschlinie der revisionistischen Reaktion gegen das polnische Volk zu werden. Außer zur Abweisung zersetzender Einflüsse aus Polen ist die DDR-Maßnahme auch ein Schritt zur Einkreisung und Isolierung Polens innerhalb des Warschauer Pakts. Am Donnerstag wurde im Fernsehen gemeldet, daß auch die Tschechoslowakei ähnliche Schritte gegenüber Polen erwäge. „Rude Pravo" erging sich am 30.10. in wüsten Beschimpfungen der polnischen Gewerkschaftsbewegung und der Bestrebungen, die Einheit des Warschauer Paktes zu schwächen. Auch auf dem Instruktionstermin für Kania in Moskau, dem ein, gemessen an dem Aufwand, den er bisher für jedes andere Partei- und Staatsoberhaupt getrieben wurde, geradezu beleidigender Empfang auf dem Moskauer Flughafen vorausging, dürfte sich dieser die Drohungen des „großen Bruders" angehört haben. Die Situation ist für die polnische Arbeiterklasse und das polnische Volk, die für ihre Rechte kämpfen, noch immer voller Gefahren.

Konzertierte Aktion der Unternehmer

Die Löhne und Arbeitsplätze müssen verteidigt werden

Die Tarifrunden haben schon begonnen

Schlag auf Schlag ging es in den beiden letzten Wochen. Nachdem Otto Wolff von Amerongen für den Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) mit seiner Forderung, die Vollbeschäftigung nicht mehr als wirtschaftspolitisches Ziel anzustreben das Signal gesetzt hatte, meldeten sich täglich neue Sprecher der Kapitalistenverbände zu Wort. Massive Drohungen gegen Arbeitsplätze, die Forderung nach Lohnstopp und soziale Demontage wurden immer wieder erhoben.

Am weitesten sind dabei einmal mehr die Stahlbosse vorgeprescht mit ihrer Forderung nach einem halbjährigen Lohnstopp — was vom Sprecher des CDU-Wirtschaftsrates, von Bismarck, auch gleich begrüßt wurde. Neben Stahl-, Werft- und Autoindustrie werden jetzt auch die Arbeitsplätze bei der Unterhaltungselektronik, im Bauwesen und der Chemieindustrie direkt angegriffen. Gerade aus diesen Branchen kamen denn auch die offensten Ankündigungen einer harten Gangart in der Lohnrunde.



Jeder Arbeitsplatz muß verteidigt werden! Hoesch-Arbeiter demonstrierten in der vergangenen Woche für den Erhalt der Stahlbasis in Dortmund.

Dementsprechend wurden auch die wirtschafts- und finanzpolitischen Sparpläne bei den jetzigen Regierungsverhandlungen einhellig begrüßt, mit zwei Ausnahmen: Der DIHT forderte zusätzliche Steuererleichterungen für die Industrie, der Sparkassenverband forderte eine geringere Kürzung der Sparförderung. Aber ansonsten sind die Unternehmerverbände sehr zufrieden, und auch diese Forderungen, das zeichnet sich ab, werden sich erfüllen lassen.

Tatsache ist: wenn von Januar bis April nächsten Jahres über die Löhne und Gehälter von 14,1 Millionen Menschen verhandelt wird, wird eine Konfrontationsfront der Kapitalisten da sein wie noch nie. 2,5 bis 3 Prozent als Maximalziel, darauf läuft jetzt diese gemeinsam organisierte Kampagne hinaus, dazu dienen „neue Lohnformel“ und „offensive Strategie“, die bereits angekündigt und ausgearbeitet wurden.

Dies würde die Prophezeiung des Grafen Lambsdorff, man müsse im nächsten Jahr mit einer Senkung der Reallöhne rechnen, voll erfüllen. Der propagandistische Begleitzug ist bereits abgefahren: massenhaft düstere Prognosen, die noch vor der Wahl strikt abgelehnt wurden, werden heute überall gehandelt. Sowohl die Regierung als auch die führenden westdeutschen Wirtschaftsinstitute in ihrem sogenannten „Herbstgutachten“ signalisieren in ihren Voraussagen diese Trendwende. Die von den Kapitalisten jetzt offen anvisierten drei Prozent würden real eine drastische Lohnsenkung bedeuten. Zum einen liegt sie rund 2,5 Prozent unter der offiziell angegebenen Inflationsrate, in Wirklichkeit würde dies rund 5 Prozent Lohnsenkung bedeuten. Rechnet man weiter mit der wachsenden Arbeitsintensität, die sich in einer Steigerung der Produktivität um über 5 Prozent im letzten Jahr ausdrückt, so wollen die Unternehmer für dieselbe geleistete Arbeit ein Zehntel weniger Lohn zahlen!

Dies würde in verschiedener Bedeutung eine für die Entwicklung in der Bundesrepublik entscheidenden Veränderung den Weg bahnen: nicht nur, daß zum ersten Mal seit Jahrzehnten eine Lohnsenkung offiziell vorgenommen wird, und nicht nur, wie in den letzten Jahren bereits in verschiedenen Bereichen, über die Teuerung, sondern auch einen frontalen Angriff auf den Lebensstandard, den sich die Werktätigen dieses Landes erarbeitet und erkämpft haben.

Die bisherigen Reaktionen von seiten des DGB und der Einzelgewerkschaften lassen die große Gefahr erkennen, daß im Grundsatz diesen entscheidenden Angriffen nichts entgegengesetzt werden soll!

DGB-Vorsitzender Vetter forderte ausgerechnet die Regierung auf, sie solle zur Sicherung der Arbeitsplätze tätig werden, IGM-Vorsitzender Loderer forderte Konjunkturprogramme. Beide taten das, ohne etwas zu den bereits vorliegenden Angriffen und Plänen eben dieser Regierung zu sagen. Beide vermieden, über ihre eigene zustimmende Haltung zu diesen Plänen im SPD-Gewerkschaftsrat etwas zu sagen. Im Gegenteil. Sie beginnen jetzt mit einer Kampagne, die Ziele der SPD in den Gewerkschaften durchzusetzen.

Es dürfe, so wurde aus diesen Gewerkschaftszentralen getönt, nicht die Arbeiter alleine treffen. Also: treffen wohl, aber andere auch. Das ist der Weg, wie die Arbeiter und Angestellten den Angriffen des Monopolkapitals schutzlos ausgeliefert werden sollen, wo dann von diesen stets vorgerechnet wird, wie schlecht es ihnen geht.

Andere Gewerkschaften, wie die HBV und die IG DruPa erklärten, es bestünde kein Anlaß, von der aktiven Lohnpolitik abzugehen. Auch aus der IG Metall wurden zahlreiche Stimmen in dieser Richtung laut. Aktive Lohnpolitik kann aber nur heißen: entschiedener Kampf um den realen Lohn, gegen jede Verschlechterung.

Deshalb ist es jetzt höchste Zeit, auch von seiten der Gewerkschafter her mit ganzer Kraft den Kampf um Lohn und Arbeitsplatz aufzunehmen. Dabei muß sich der Kampf auch gegen jene innerhalb der Gewerkschaften richten, die bereit sind, zugunsten des Monopolkapitals einen Opfergang der Werktätigen hinzunehmen.

Gerade in diesem Kampf muß sich die Front der oppositionellen, der konsequenten Gewerkschafter zusammenschließen, muß sich im konkreten beweisen, wer wo steht. Die revolutionären Gewerkschafter der RGO, vor allem die Kommunisten in der RGO müssen Initiatoren klarer Arbeiterforderungen gegen das Krisenprogramm des Monopolkapitals und seiner Regierung sein, müssen diesen Kampf organisieren.

LOHNRUNDEN 1981

Kündigungstermin der Tarifverträge	Wirtschaftsbereiche (z.T. regional begrenzt)	Beschäftigte in Mio
Dezember 1980	Holz, Metall, Leder, Seehäfen, Hotels u. Gaststätten u.a.	0,9
Januar 1981	Metall, Eisen u. Stahl, VW, Papier, Holz u.a.	4,0
Februar 1981	Öffentl. Dienst, Bahn, Post, Banken, Handel, Nahrungsmittel u.a.	4,5
März 1981	Bau, Druck, Handel, Versicherungen, Steine u. Erden u.a.	3,2
April 1981	Kohle, Textil, Bekleidung, Chemie, Nahrungsmittel, Handel u.a.	2,4
Mai 1981	Chemie, Energie, Wohnungswirtschaft u.a.	0,5

Fahrzeug- und Karosseriehandwerk:

Streik für 10,5 Prozent!

HANNOVER.— Am 28.10. begann in den Betrieben des Fahrzeug- und Karosseriehandwerks Niedersachsens ein Streik für eine Lohnsteigerung von 10,5 Prozent.

In einer Urabstimmung der Gewerkschaft Holz und Kunststoff hatten sich 94 Prozent der organisierten Beschäftigten für die Kampfmaßnahmen ausgesprochen, nachdem die Lohntarifverhandlungen in der vorhergegangenen Woche gescheitert waren. Die Kapitalisten hatten nur sechs Prozent angeboten.

Vom Arbeitskampf betroffen sind 20000 Beschäftigte. Nach Angaben von Ewald Foth, Landesvorsitzender der GHK Niedersachsen-Bremen, haben davon zunächst 3000 Kollegen die Arbeit niedergelegt. „Wir haben uns auf einen langen Arbeitskampf eingestellt, der möglicherweise Wochen dauern kann“, unterstrich Foth die Kampfbereitschaft der Kollegen. Ab Mittwoch, 5.11., sollten weitere Betriebe in den Streik einbezogen werden.

Die Unternehmer versuchten den Streikbeginn zu verhindern. In einem Rothenburger Betrieb beispielsweise berief der Unternehmer kurzfristig eine Betriebsversammlung ein und forderte die Kollegen auf, durch Akklamation über einen Streik zu befinden. Hier sprach sich zunächst eine Minderheit für Streik aus. Die Gewerkschaft protestierte dagegen, weil damit gegen das Betriebsverfassungsgesetz verstoßen wurde, das nur den Gewerkschaften das Recht auf Urabstimmung zugesteht. Bei einer solchen von der GHK organisierten Abstimmung sprachen sich 85 Prozent der Kollegen für den Streik aus, so daß der Ausstand auch dort am 28.10. begann.



Beschäftigte des Karosserie- und Fahrzeugbaus im Streik für 10,5 Prozent Lohnerhöhung.

„Volle Rückendeckung“:

DGB-Führung billigt Sparpläne

Kompromißloser Kampf ist notwendig

Noch vor wenigen Tagen schlug der DGB-Vorstand angesichts der zu erwartenden Regierungspolitik und der Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und FDP harte Töne an. Angesichts der Stärkung der FDP sei es für die Gewerkschaften sicher nicht leichter geworden, sagte Gerd Muhr, stellvertretender DGB-Vorsitzender, und tönte: „Wer uns mit größerem Widerstand begegnete, dem werden wir auch größeren Widerstand entgegensetzen.“ Das ist jetzt vorbei: Auf der Sitzung des SPD-Gewerkschaftsrates am 30. 10. sicherte sich die SPD-Führung die „volle Rückendeckung“ der DGB-Bosse für ihre Sparpolitik.

Vetter, Kluncker, Loderer und andere zeigten „großes Verständnis für die wirtschaftlichen Probleme, vor denen die Bundesregierung steht“ und betonten, sie hätten „keinerlei Interesse an einem gesellschaftlichen Dauerkonflikt“.

Angesichts der von Matthöfer, der ja auch ein SPD-Mann und keineswegs ein FDPler ist, geplanten Angriffe auf unsere Lebenslage über Steuererhöhungen, Erhöhung der Soziallasten ist es blanker Hohn, wenn die DGB-Spitze ihre „Genugtuung“ darüber äußert, daß „an einschneidende Maßnahmen im Bereich der sozialen Sicherheit nicht gedacht“ sei! Statt des Kampfes für die Arbeiterinteressen stellten Vetter und Co. die „gesamtgesellschaftliche Verantwortung“ des DGB heraus, erklären sich damit einverstanden, daß sich die kommenden Lohnabschlüsse „nicht mehr auf dem Niveau der letzten Jahre“ bewegen könnten, billigen einen besonders drastischen Lohnraub im öffentlichen Dienst wegen des für die dort Beschäftigten „nicht vorhandenen Arbeitsrisikos“ uns so weiter und so fort.

Damit stellen sich diese „Gewerkschaftsführer“ gegen den erklärten Willen der Kollegen, die Angriffe der Kapitalisten nicht hinzunehmen und die Lüge von der „Sozialpartnerschaft‘ ein für alle Mal aus der Welt zu schaffen, wie das in Anträgen auf verschiedenen Gewerkschaftstagen massiv zum Ausdruck kam. Die Bonzen hoffen, mit ihrem Gewicht in den Gewerkschaften, deren Apparat sie kontrollieren, den Kollegen ein Stillhalten aufzwingen zu können.

Sie wissen aber, was auf sie zukommt, und bereiten sich darauf vor. So drohte Vetter am 31. Oktober auf einem GEW-Kongreß: „Wer dem Bundesvorstand vorwirft, er habe seinen Frieden mit den Grundprinzipien der kapitalistischen Wirtschaft gemacht, der verrät nicht nur absolutes Unverständnis für die Probleme der Gewerkschaftsarbeit, der stellt sich vor allem außerhalb einer solidarischen Diskussion.“

In den harten Zeiten der Krise werden die Arbeiter so nicht nur gegen die brutalen Angriffe der Unternehmer und die Politik der Regierung, sondern auch gegen diese Arbeiterverräter kämpfen müssen. Dieser Kampf wird hart. Die Stärkung der innergewerkschaftlichen Opposition, die den Kampf für eine wirkliche Gewerkschaftspolitik im Interesse der Kollegen auf ihre Fahnen geschrieben hat — die Stärkung der RGO ist eine wichtige Aufgabe in der nächsten Zeit. Die gesamte Kraft aller DGB-Gewerkschaften muß gegen die Sparpläne der Kapitalisten und ihrer Regierung ins Feld geführt werden!

Hoesch-Arbeiter fordern sofortigen Bau des neuen Stahlwerkes

Vor der Hauptverwaltung marschierten 1 500 Stahlkocher auf

Konzernpläne bedrohen Dortmund / Bürger schließen sich zusammen

DORTMUND.— Der Kampf gegen die Pläne des Estel-Konzerns bei Hoesch hat begonnen. Der Verlust der Stahlbasis ist eine Bedrohung für ganz Dortmund. Am letzten Freitag demonstrierten die Stahlkocher durch die Stadt. Vor der Hauptverwaltung, wo gerade der Aufsichtsrat tagte, marschierten insgesamt 1 500 Kollegen aus allen drei Hüttenwerken auf. Ihre Parole: „Stahlwerk jetzt!"

Auf der Vollversammlung der Vertrauensleute des Werkes Phoenix, die im Gewerkschaftshaus im Dortmunder Stadtteil Hörde tagte, nahm die Aktion ihren Ausgang. Einmütig faßten die Kollegen den Beschluß, zur sieben Kilometer entfernten Hauptverwaltung bei der Westfalenhütte zu marschieren, wo zu dieser Zeit der Aufsichtsrat tagte. In den drei Hüttenwerken von Hoesch wurde die Initiative der Vertrauensleute von Phoenix sofort bekannt. Teile der Belegschaften legten die Arbeit nieder, um sich der Aktion anzuschließen.

Als die Kollegen von Phoenix nach stundenlangem Marsch vor der Hauptverwaltung eintrafen, hatten sich dort bereits Hunderte Kollegen aus den beiden anderen Hüttenwerken versammelt, die ihnen einen freudigen Empfang bereiteten. 1 500 Stahlkocher demonstrierten nun vor der Hauptverwaltung. Immer wieder riefen sie im Chor: „Stahlwerk jetzt".

Auf der Sitzung des Aufsichtsrates der Hoesch-Werke AG ging es um die vom Estel-Konzern-Vorstand verlangte „Verschiebung" des Baus eines neuen Blasstahlwerkes bei Hoesch in Dortmund. Jeder Hoescharbeiter weiß, daß aufgeschoben in diesem Fall aufgehoben heißt. Schon einmal, im Jahr 1972, wurde dieses längst versprochene neue Stahlwerk „verschoben". Zu Beginn dieses Jahres gab nun der Betriebsrat den Hoesch-Bossen seine Zustimmung für das sogenannte Kostensenkungsprogramm, das offiziell den Abbau von 4 200 Arbeitsplätzen vorsah. Dafür — so übernahm der Betriebsrat die Demagogie der Bosse — seien die restlichen mehr als 20 000 Arbeitsplätze jedoch abgesichert, denn das neue Stahlwerk würde nun endgültig gebaut.

Tatsächlich wurden für das angeblich sicher geplante Stahlwerk von Bund und Land Kredite und Finanzspritzen von insgesamt 240 Millionen Mark lockergemacht, was fast die Hälfte der Gesamtkosten abdeckt, die auf 500 Millionen angesetzt sind. Merkwürdigerweise ließ die Spitze des deutsch-holländischen Konzerns aber trotz dieser großzügigen Geschenke mit dem Startschuß für das Projekt weiterhin auf sich warten.

Sie ließ auch noch auf sich warten, nachdem das erste der drei veralteten Siemens-Martin-Werke (SMW), die durch das neue Stahlwerk ersetzt werden sollen, bereits vorfristig im Juli dieses Jahres stillgelegt wurde und sie ließ weiterhin auf sich warten, als im Oktober bekanntgegeben wurde, daß das zweite SMW vorfristig schon im November dieses Jahres dichtgemacht werden soll.

Eine ersatzlose Stillegung der drei SM-Werke bedeutet zunächst die Vernichtung von 10 000 weiteren Arbeitsplätzen bei Hoesch, sie bedeutet ferner, daß die Stahlbasis in Dortmund in absehbarer Zeit gänzlich abgebaut wird, und daß in zehn bis fünfzehn Jahren von den Hoesch-Hüttenwerken nicht mehr viel übrig sein wird.

Daß Estel-Hoesch den angekündigten Bau des neuen Blasstahlwerkes nie ernsthaft wollte, deutete sich im Juli dieses Jahres an, als Krupp und Hoesch in einer „Absichtserklärung" eine Kooperation beider Stahlunternehmen ankündigten. Ein wesentlicher Aspekt dieses Rationalisierungspaktes liegt darin, daß Krupp in seinem Hüttenwerk in Duisburg am Rhein über genügend Rohstahlkapazitäten verfügt, um bei Hoesch die Lükken zu schließen, die durch die Stillegung der drei Siemens-Martin-Werke entstehen.

In der Tat wurde die Arbeitsplatzvernichtung bei Hoesch viel schneller vorangetrieben, als es nach dem „Kostensenkungsplan" vorgesehen war. Bereits im September dieses Jahres waren nahezu die Hälfte der Arbeitsplätze abgebaut, die gemäß dem Rationalisierungsplan erst bis 1983 hätten vernichtet sein sollen. Das SMW 2 auf Union, das laut Plan erst 1982 hätte stillgelegt werden sollen, wurde bereits im Juli 1980 dichtgemacht. In der Presse deutete Rohwedder an, daß es bei den 4 200 Arbeitsplätzen, die nach dem Kostensenkungsplan vernichtet werden sollten, nicht bleiben werde. Der „Zusammenbruch des Stahlmarktes" zwinge zu weitergehenden Maßnahmen. Aber nach wie vor wiesen Rohwedder wie auch die Betriebsratsspitzen alle Zweifel an dem Bau des neuen Stahlwerkes zurück. Das war ja auch noch vor dem Wahlsonntag.

Dem Wähler sollte Glauben gemacht werden, die SPD sei der Retter in der Not; in ihrem Schoße wirke ein segensreicher Bund der Sozialpartner für die Erhaltung der Arbeitsplätze. Es sind schließlich doch alles SPD-Genossen: Rohwedder, der ehemalige Bonner Staatssekretär; Rau, der Landesvater und milde Subventionsspender; Farthmann, der Landesarbeitsminister in Düsseldorf, gleichzeitig Mitglied im Hoesch-Aufsichtsrat; Samtlebe, Dortmunder Oberbürgermeister und Verwaltungsdirektor bei Hoesch; Lutz Dieckerhoff, Mitglied des Hauptvorstands der IG Metall und ebenfalls zugleich im Aufsichtsrat von Hoesch; und nicht zu vergessen die Betriebsratsspitzen der Hoesch-Werke, die sowohl im Aufsichtsrat, als auch im Dortmunder Stadtrat und natürlich in der SPD-Betriebsgruppe vertreten sind.

Noch am 5. Oktober, dem Wahlsonntag also, schwärmte das SPD-Wahlkampfblatt „Zeitung am Sonntag": *Kredite aus Bonn und eine Finanzspritze aus Düsseldorf sichern Stahlwerken bei Hoesch ihre Arbeitsplätze.* "Das Blatt schrieb unter anderem: „*Ohne die Hilfe von Bund und Land, das ist jedenfalls für NRW-Arbeitsminister Farthmann völlig klar, wäre eine Entwicklung eingetreten, die erst im Raum Dortmund 10 000 Menschen um Arbeit und Lohn gebracht, auf längere Sicht aber den Zusammenbruch der gesamten Metallurgie im östlichen Ruhrgebiet mit mehr als 30 000 Arbeitslosen nach sich gezogen hätte.*"

Kaum waren jedoch die Stimmen ausgezählt, da verstummten auch die frommen Sprüche über die angebliche Rettung vor dieser düsteren Perspektive durch unsere SPD-Helden. Es kam jetzt knüppeldick. Die vorzeitige Stillegung des zweiten Siemens-Martin-Werkes auf Union ab 1. November, das ursprünglich noch bis 1985 hätte weiterlaufen sollen, wurde verkündet. Und am 18. Oktober verwandelte sich das zuvor stets dementierte Gerücht über den Verzicht auf das neue Stahlwerk plötzlich in eine offiziell geäußerte Befürchtung: „*Hoesch bangt um das neue Stahlwerk*" schrieb an diesem Tag die SPD-nahe Ruhrgebietszeitung „WAZ". Aus dem Hoesch-Werksvorstand wurde signalisiert, die Gesamtstruktur der Hüttenwerke müsse angesichts der Stahlkrise wieder neu überdacht werden.

Man hat die Hoesch-Arbeiter auf das Übelste belogen, betrogen und vom Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung abgehalten. Aber jetzt ist das Maß voll! Mit dem Stillhalten ist nun Schluß! Die Aktion vom Freitag ist eine erste Antwort, ein erster Schritt zum entschlossenen gemeinsamen Kampf gegen die Konzernpläne. Die demonstrierenden Arbeiter erzwangen eine Unterbrechung der Aufsichtsratssitzung. Besonders Rohwedder und Farthmann bekamen die Empörung der Arbeiter zu spüren. Rohwedder, der unverschämt behauptete, eine Zusage für den sofortigen Baubeginn des neuen Stahlwerks entspräche nicht den Interessen der Belegschaft, erntete Hohngelächter und wurde immer wieder durch Sprechchöre unterbrochen.

Unter dem Druck der Arbeiter wagte der Aufsichtsrat es nicht, dem Verlangen der Estel-Konzernleitung nachzukommen und offiziell die Verschiebung des Bauvorhabens zu beschließen. Stattdessen sprach er sich in allgemeiner Form erneut für das neue Stahlwerk aus. Die Forderung der Arbeiter hatte allerdings gelautet: Beschluß für einen sofortigen Bau des Stahlwerkes. Falls ein solcher Beschluß nicht gefällt würde, wolle man eine Woche später, d.h. am Freitag dieser Woche eine Demonstration durchführen, zu der ganz Dortmund aufgerufen werde.

Daß eine solche Aktion starke Unterstützung der Bevölkerung erhalten wird, steht außer Zweifel. Denn durch den Ausverkauf der Stahlbasis droht für ganz Dortmund und darüber hinaus für das östliche Ruhrgebiet eine wirtschaftliche Katastrophe. In Dortmund sind rund 200 000 Menschen teils direkt, teils indirekt von Hoesch wirtschaftlich abhängig. Das ist mehr als ein Drittel der Einwohner! Die Parole heißt deshalb: **„Dortmund darf nicht sterben!"**

Es haben sich inzwischen mehrere Bürgerinitiativen gebildet, die den Kampf für die Verteidigung der Stahlbasis unterstützen wollen. Schriftsteller, Geistliche, Gewerkschafter, Sportler und Persönlichkeiten aus anderen Bereichen des öffentlichen Lebens haben zum gemeinsamen Kampf gegen die Konzernpläne aufgerufen. Die Betriebsgruppe der RGO bei Hoesch, die schon seit einem Jahr vor diesen Plänen gewarnt hat, setzt ihre Kräfte voll ein, um diesem gemeinsamen Kampf zum Durchbruch zu verhelfen. Sie war es, die in ihren Flugblättern die Notwendigkeit von betrieblichen und überbetrieblichen Kampfaktionen immer wieder hervorgehoben hat.



Bekam sein Fett ab: Landesarbeitsminister Farthmann (links), der auch im Aufsichtsrat der Hoesch-Werke AG sitzt.

13. Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft

Das Feindbild des Ernst Breit

DPG-Führung verteidigt den „Kollegen Gscheidle"

FRANKFURT/MAIN.— Der in Westberlin begonnene und aus Zeitmangel vertagte Gewerkschaftstag der Postbediensteten wurde am vergangenen Wochenende in Frankfurt zu Ende geführt. Es war ein Kongreß, auf dem sich in den wichtigsten Fragen reaktionäre Positionen behaupten und durchsetzen konnten, auf dem aber andererseits der Kampf eines Teils der Delegierten für eine fortschrittliche Politik der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) auch zu positiven Beschlüssen führte.

Ernst Breit, der wiedergewählte Vorsitzende der DPG, ist ein rechter SPD-Mann, ein Reaktionär und Antikommunist, der es als Aufgabe der Gewerkschaften betrachtet, das kapitalistische System zu stützen und die Lohnabhängigen zur Loyalität gegenüber dem Bonner Ausbeuterstaat zu erziehen. Breit ist einer der offensten Verfechter der Sozialpartnerschaftsideologie. Er mißbraucht seine Funktion ohne Skrupel, um die arbeiterfeindliche Regierungspolitik zu unterstützen und die Gewerkschaft zum verlängerten Arm der Sicherung der bürgerlichen Klassenherrschaft zu degradieren.

Im zur Seite steht sein ebenfalls wiedergewählter Stellvertreter Gustav Fehrenbach, der aus den reaktionären Sozialausschüssen der CDU kommt. Beide sind, was ihre Weltanschauung und ihre gewerkschaftspolitischen Zielsetzungen betrifft, Gesinnungsgenossen.

Für sie bleibt das DPG-Mitglied Gscheidle ein „Kollege", auch wenn er seit sechs Jahren die Forderungen nach verbesserten Bedingungen für Schichtdienstleistende bei der Bundespost, die mehr als berechtigt sind, abschmettert, verleugnet und als finanziell untragbar verteufelt.

Zwei Anträge lagen dem Kongreß vor, die den Ausschluß des „Arbeitgebers" und Tarifgegners der Postler, des Bundespostministers Gscheidle forderten, der früher einmal zweiter Vorsitzender der Postgewerkschaft war. Antrag 14, der aus Regensburg kommt, forderte, daß das Amt des Bundespostministers in die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der DPG einbezogen werden müßte, denn als Arbeitgeber könne er nicht zugleich Gewerkschaftsmitglied sein.

Sosehr dieses Verständnis von „Unvereinbarkeit" im Gegensatz zu dem gegen fortschrittliche Gewerkschafter gerichteten Unvereinbarkeitsprinzip einleuchtend ist — der Kongreß lehnte den Antrag mehrheitlich ab, nachdem der stellvertretende Vorsitzende Fehrenbach dagegen Stellung genommen hatte. Interessant die Argumentation Fehrenbachs: „*Das können wir doch nicht machen Kollegen, dieser Unvereinbarkeitsbeschluß richtet sich doch gegen Verfassungsfeinde. Wir würden den Minister auf diese Weise zu den Verfassungsfeinden rechnen.*"

Ferner lag der Antrag 15 vor, der von der Bundesjugendkonferenz der DPG angenommen worden war. Dieser Antrag fordert den Ausschluß des Postministers mit der zweifellos mehr als berechtigten Begründung, Gscheidle habe sich mehrfach gewerkschaftsfeindlich und gewerkschaftsschädigend verhalten. Schließlich schreibt die Satzung der DPG ja vor, daß jedes DPG-Mitglied sich im Sinne der Grundsätze und Ziele der Gewerkschaft verhalten muß.

Auch gegen diesen Antrag warf sich Fehrenbach in die Bresche. Diesmal mit dem Argument, das sei alles nicht so einfach und im übrigen hätte ein solcher Ausschluß doch auch Auswirkungen auf andere Gewerkschaften. Offensichtlich war damit die ÖTV angesprochen, in der sich ja von Verfassungsschützern bis zu hochkarätigen Herren aus den Ministerien eine ganze Reihe von seltsamen „Kollegen" tummeln.

Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Dagegen wurde die Diskriminierung von Mitgliedern der DKP „und anderen Anhängern dieser Ideologie" durch einen Beschluß des Gewerkschaftstages bestätigt. Diese Kollegen dürfen demzufolge keine Funktionen in der DPG wahrnehmen. Ein Antrag, der die Aufhebung dieses reaktionären, spalterischen Beschlusses forderte, fand keine Mehrheit auf dem Kongreß.

In verschiedenen anderen Grundsatzfragen setzte sich ebenfalls die reaktionäre, faktisch die Einheitsgewerkschaft zerstörende Linie von Breit und Konsorten durch. **So die berüchtigte Einengung der „Wurzeln der Einheitsgewerkschaft" auf die konservativ-christliche und die sozialpartnerschaftlich-reformistische Strömung, die im Entwurf des Bundesvorstandes für das neue DGB-Grundsatzprogramm enthalten ist und die nicht nur von allen fortschrittlichen Gewerkschaftern einhellig zurückgewiesen wird, sondern auch von einigen Einzelgewerkschaften als Ganzem.**

Was die Friedensfrage betrifft, so kam ein vom Hauptvorstand eingebrachter allgemein gehaltener Antrag durch, der ziemlich unverbindlich Abrüstung fordert. Durch diesen Antrag wurden zwei andere „erledigt", die ausdrücklich die Aufhebung des NATO-Raketenbeschlusses forderten. Inkonsequente Anträge kamen ferner zur Forderung nach Abschaffung der Berufsverbote durch. Das ist um so beklagenswerter, als die Berufsverbote bei der Bundespost eine unmittelbare Bedrohung für Kollegen darstellen, gerade der aktiven Gewerkschafter. Auch die 35-Stunden-Woche wurde von dem Gewerkschaftstag nicht konsequent in den Vordergrund gerückt bzw. ausdrücklich als dringendes Ziel definiert.

Zur Frage der Nutzung der Atomenergie entwickelte sich eine heiße Debatte unter den Delegierten. Auch hier konnte sich die reaktionäre Position des Vorstands durchsetzen (auf friedliche Nutzung könne nicht verzichtet werden, weil sonst das wirtschaftliche Wachstum bedroht sei), allerdings nur mit ganz knapper Mehrheit. **Diese Debatte und das Abstimmungsergebnis machten deutlich, daß die arbeiterfeindlichen Positionen der Breit und Konsorten keineswegs auf uneingeschränkte Zustimmung bei einem Großteil der Delegierten stießen, daß sich die Polarisierung auch im Funktionärskörper und den Gremien der DPG entwickelt.**

Der Druck der Basis und der Einfluß fortschrittlicher Funktionäre drückte sich in verschiedenen positiven Ergebnissen des Kongresses aus. So hat der Gewerkschaftstag den Kampf für die geforderten Schichtdienstregelungen erheblich gefördert. Bereits jetzt ist diese Kampfbewegung der DPG einer der stärksten Kämpfe dieser Gewerkschaft der letzten Jahre. Breit war gezwungen, seine Stellungnahmen und Streikdrohungen gegenüber der Bundesregierung zu eskalieren, weil ihm sonst der Kongreß in Bedrängnis gebracht hätte.

Zu den Erfolgen der oppositionellen Kräfte gehört auch der Beschluß zum DGB-Grundsatzprogramm, der die im Entwurf gestrichene Passage über die weltanschaulich-politische Toleranz wieder verankert sehen will.

Kampf um Verbesserungen für Schichtdienstler

Postler setzen Warnstreiks fort

Im ganzen Bundesgebiet kam es auch in der vergangenen Woche wieder zu Warnstreiks in den Postämtern. Die Kollegen demonstrierten damit ihre Bereitschaft, für die von der Postgewerkschaft geforderten Verbesserungen für Schichtdienstler zu kämpfen.

Am vorletzten Wochenende konzentrierten sich die Aktionen vor allem in Hessen. Hundert Beschäftigte des Frankfurter Fernmeldeamtes 1 traten am Sonntag in einen vierstündigen Warnstreik, dem sich auch die Kollegen von der Inlands- und der Auslandsauskunft anschlossen. Streikaktionen wurden auch in den Postsortierstellen von Gießen, Marburg und Wiesbaden durchgeführt.

In Marburg zum Beispiel nahm der gesamte Briefverteilungsdienst mit Schichtbeginn um 18.00 Uhr die Arbeit nicht auf. Es sind ausschließlich Frauen, die hier beschäftigt sind, und sie beteiligten sich geschlossen an der Aktion. Gerade sie sind vom Streß des Schichtdienstes besonders hart betroffen. Sie müssen während einer Schicht 80 000 bis 100 000 Briefe jeweils zweimal sortieren (zuerst nach dem Hauptleitbereich, dann folgt die Feinsortierung). Das bedeutet: Jeder Kollegin bleiben ganze zwei Sekunden, um auf einem Brief die Postleitzahl zu lesen und ihn dann entsprechend zu sortieren.

Am vergangenen Dienstag gab es in Gießen und Kassel jeweils dreistündige Warnstreiks. Für drei Stunden legten auch die Kollegen bei der Fernsprechauskunft in Bielefeld die Arbeit nieder. Am Mittwoch wurde im Postamt Offenbach gestreikt; ca. 400 000 Briefsendungen und 2 000 Pakete kamen nicht an die Empfänger. Kampfaktionen gab es auch bei der Fernsprechauskunft in Münster. In der Nacht zum Donnerstag kehrten im Hauptpostamt Frankfurt 100 Kollegen nach ihrer Pause um Mitternacht nicht mehr an die Arbeit zurück. Etwa eine Million Sendungen konnten dadurch nicht zugestellt werden. Am Donnerstag kam es im Postamt Trier und in der Briefein- und ausgangsstelle des Gelsenkirchener Postamts zu Warnstreiks.

Wie der RM schon berichtete, fordert die Postgewerkschaft eine 150prozentige Bewertung der Nachtschicht, das heißt: für eine Nachtschicht von acht Stunden sollen die betroffenen Kollegen einen Freizeitausgleich von vier Stunden bzw. eine entsprechende Gehaltserhöhung bekommen. Postminister Gscheidle dagegen bietet nur ganze drei Freischichten pro Jahr als Ausgleich an. Und den sollen auch nur etwa 50 000 der insgesamt 200 000 Schichtdienstler bei der Post bekommen. Gscheidle und die Bundesregierung waren bislang nicht bereit, von diesem völlig unzureichenden Angebot abzugehen. Die Postgewerkschaft hatte daraufhin schon am vorletzten Freitag die Verhandlungen abgebrochen, allerdings nicht für gescheitert erklärt. Inzwischen hat sie den Postminister aufgefordert, bis zum 3. November ein „akzeptables Angebot" vorzulegen.

Vor der Bundestagswahl hatte Gscheidle selbst eingestanden, daß der Schichtdienst bei der Post hohe gesundheitliche Belastungen mit sich bringt,und umfassende Erleichterungen in Aussicht gestellt. Aber auch hier gilt: Nach den Wahlen kommt das Zahlen. Und zahlen sollen allemal die Kollegen — mit der Zerrüttung ihrer Gesundheit. Gscheidle und die Bundesregierung haben auf stur geschaltet: Die Forderungen der Postgewerkschaft seien nicht finanzierbar. Eine Behauptung, deren Unverschämtheit Gscheidle selbst am vergangenen Mittwoch entlarvt hat. An diesem Tag nämlich legte er dem Postverwaltungsrat einen Bericht vor, aus dem hervorgeht, daß die Post im vergangenen Jahr einen Reingewinn von runden zwei Milliarden Mark gemacht hat. Und das ist nur die halbe Wahrheit über die Postprofite. Denn hinzugezählt werden müssen noch weitere 3,5 Milliarden Gewinne, die als Haushaltsabgabe an den Bund gegangen sind, Gelder, aus denen unter anderem die steigenden Rüstungsausgaben finanziert werden.

Ähnlich wie die Postgewerkschaft verhandeln gegenwärtig auch die ÖTV für einige ihrer Bereiche und die Eisenbahnergewerkschaft über Erleichterungen für Schichtdienstler. Die ÖTV fordert unter anderem 12 zusätzliche Urlaubstage und die Herabsetzung des Rentenalters, die GdED fordert für die 160 000 Schichtdienstler bei der Bahn die 35-Stunden-Woche mit zwei zusammenhängenden Ruhetagen. Aber auch gegenüber der ÖTV und der GdED beharrt die Bundesregierung auf ihrem provokativen Angebot von drei Freischichten pro Jahr.

Dennoch hat die Führung der Postgewerkschaft schon jetzt zu erkennen gegeben, daß sie bereit sind, auf die Forderung nach einer 150prozentigen Bewertung des Schichtdienstes zu verzichten. Unter dem oben erwähnten von der Bundesregierung geforderten „akzeptablen Angebot" wird nur verstanden, daß Bonn den Personenkreis erweitern soll, auf den die ausgehandelten Erleichterungen dann zutreffen. Die Bundesregierung definiert als Nachtschicht die Dienstzeiten zwischen 22 und vier Uhr. Die Postgewerkschaft fordert dagegen die Anerkennung des Zeitraums von 20 bis sechs Uhr als Nachtschicht. Damit würde auch der um vier Uhr beginnende Frühdienst in die neue Regelung fallen.

Die Führung der Postgewerkschaft hat darüber hinaus auch erklärt, daß sie selbst für den Fall, daß Bonn keinerlei Kompromisse macht, nicht an die Organisierung eines Vollstreiks denkt. Es sollen dann nur Schwerpunktstreiks durchgeführt werden, von denen beispielsweise die Städte des Ruhrgebiets ausgenommen werden sollen.

Ohne umfassende Kampfmaßnahmen aber wird die Bundesregierung nicht zum Nachgeben gezwungen werden, geschweige denn kann die 150prozentige Bewertung des Nachtdienstes, die ja nach wie vor das Kampfziel ist, durchgesetzt werden. Das gleiche gilt auch für die Verhandlungen bei der Bahn und im Bereich der ÖTV. Es geht jetzt darum, für die Schichtarbeiter des gesamten öffentlichen Dienstes einen klaren Erfolg zu erkämpfen. Deshalb müssen alle drei Gewerkschaften ihre Aktionen koordinieren und die ganze Kampfkraft der Kollegen in einem einheitlich geführten Streik zum Tragen bringen.



Demonstration gegen den Schichtdienst bei der Post. Dieses Thema stand auch im Mittelpunkt des 13. Kongresses der Postgewerkschaft in Westberlin.

4 000 Kollegen auf der Abschußliste

Massenentlassungen bei Grundig

FÜRTH.— Entlassung, Rationalisierung, Intensivierung der Ausbeutung — so lautet auch bei Grundig das Rezept, den internationalen Konkurrenzkampf in den Zeiten der Krise zu überstehen und den Umsatz zu erhöhen.

Die Grundig-Gruppe ist die „Nummer eins" auf dem deutschen Markt für Unterhaltungselektronik. Aber auch sie wird von den Folgen der Überproduktion erfaßt. Den Grundig-Kollegen stehen harte Zeiten bevor: der Personalbestand soll drastisch verringert werden.

Bereits stillgelegt wurden die Zweigwerke in Fleurance (Frankreich), Dunmurry (Nordirland) und Neuburg/Donau. 4 500 Arbeitsplätze wurden vernichtet. Mit der bevorstehenden Schließung der Werke Landau/Isar, Ascha, Augsburg und Karlsruhe sowie der Verringerung der Belegschaft in den italienischen Werken Rovereto und Binasco um 400 Arbeiter stehen an die 2 500 weitere Kollegen vor ihrer Entlassung. Auf „mittlere Sicht" sollen sogar 4 000 Arbeitsplätze geopfert werden.

Im Geschäftsjahr 79/80 hatte die Grundig-Gruppe einen Umsatzrückgang von sechs Prozent zu verzeichnen. Der Auslandsumsatz stieg allerdings um drei Prozent und macht jetzt bereits 53,4 Prozent des Gesamtumsatzes aus. Maßgeblicher Faktor dabei ist die Produktion von Farbfernsehgeräten, deren Preise aufgrund des großen Angebots im Inland gesunken sind. Hier führte die Produktion bei Grundig zu einem erheblichen Lageraufbau.

Für die Grundig-Kapitalisten heißt die Konsequenz aus dieser Situation wirtschaftliche Umstrukturierung, Fertigungskonzentration, Automatisierung und Rationalisierung. Die Produktionskapazität soll voll erhalten bleiben und in einigen Bereichen ausgebaut werden. Eine wesentliche Rolle dabei spielen die Videorecorder. Hier soll die Tagesproduktion im kommenden Jahr um fast 70 Prozent gesteigert werden!

Die Firmensprecher unterlassen es nicht, auf das bei den Unternehmern so beliebt gewordene „japanische Gespenst" hinzuweisen und den deutschen Kollegen vorzurechnen, daß die Arbeitskosten der japanischen Unterhaltungselektronik bei 11,80 DM, bei uns jedoch bei 21,53 DM liegen. Der Angriff auf die Löhne hat in der Bundesrepublik ja schon massiv begonnen. Auf jeden Fall will Grundig aus weniger Kollegen eine erheblich höhere Arbeitsleistung herausschlagen. Der Pro-Kopf-Umsatz, der die Produktionssteigerung ermöglichen soll, soll von 77 045 DM im Vorjahr auf mindestens 85 000 DM im kommenden Jahr steigen. Zusammen mit dem Kooperationspartner Philips im Videosektor soll das gemeinsame Videosystem bald 50 Prozent des deutschen Marktes beherrschen!

Eine weitere Maßnahme des Konzerns ist die **Auslagerung der Produktion.** Die HiFi-Fertigung etwa wird in Portugal konzentriert. Dort kostet die Fertigungsminute nur 13,4 Pfennig gegenüber 50 Pfennig in der Bundesrepublik.

Die Maßnahmen der Grundig-Gruppe zeigen deutlich das Bestreben, die Lasten der Krise auf die Werktätigen abzuwälzen und selbst noch in der Krise zu verdienen. Solche Maßnahmen sind verstärkt auch in anderen Wirtschaftszweigen zu erwarten bzw. werden dort schon angewandt. Für die betroffenen Kollegen kommt es darauf an, in der Krise zu kämpfen, die brutalen Rationalisierungsfeldzüge der Unternehmer nicht hinzunehmen.

Gewerkschaftsnachrichten

DGB Bayern: 10 000 nach Augsburg

AUGSBURG.— 10 000 Teilnehmer erwartet der DGB Bayern zu der von ihm organisierten Gegenkundgebung zum geplanten NPD-Parteitag am 22. November in Augsburg. Das erklärte der Landesvorsitzende Jakob Deffner, der die Forderung nach einem Verbot dieses Parteitages wiederholte. Aus München und Nürnberg fahren Sonderzüge und Busse nach Augsburg.

„**Aktiv für Demokratie und Freiheit — wider den Ungeist des Faschismus**", so lautet das Motto der Kundgebung. Sie findet in der Sporthalle statt, zu der die Teilnehmer in einem Sternmarsch von drei verschiedenen Stellen an der Kongreßhalle, dem geplanten Tagungsplatz der Faschisten, vorbeidemonstrieren werden.

„Der Bundesparteitag der NPD ist eine Provokation. Die zunehmenden rechtsradikalen Ausschreitungen in letzter Zeit haben endgültig klargestellt, daß es für alte und neue Nazis im demokratischen Spektrum unseres Landes keinen Platz geben darf." (DGB-Sekretär Sepp Rauch, München)

„Durch den Terroranschlag in München hat sich die Aktualität, Wichtigkeit und Notwendigkeit der DGB-Demonstration in Augsburg vervielfacht." (Heinz Putzhammer, GEW-Landesvorsitzender).

GEW, HBV, IG Druck: Kampagne gegen Berufsverbote

HAMBURG.— „Aufhebung aller Berufsverbote in Hamburg!" — so lautet die Forderung einer Unterschriftenaktion der drei DGB-Gewerkschaften, die Ende Oktober gestartet wurde. „Die bisher ausgesprochenen Berufsverbotemaßnahmen, d.h. Nichteinstellungen und Nichtverbeamtungen aus politischen Gründen, sind aufzuheben." Diese Aktion ist ein „Zeichen für ein gemeinsames Vorgehen der Gewerkschaften im DGB" (Dietrich Lemke, Landesvorsitzender der GEW HH).

GEW-Gewerkschaftstag: Anträge gegen Berufsverbote

Eine „Verstümmelung der Demokratie" und ein „Schmutzfleck auf unserer Weste" — das sind Bezeichnungen des GEW-Vorsitzenden Frister für die Berufsverbote. Zum Gewerkschaftstag der GEW (31.10. bis 4.11. in Mainz) liegen aus sieben Landesverbänden Anträge für eine Beseitigung der Berufsverbotspraxis vor. Frister versprach gleichzeitig, die GEW werde sich allen geplanten Streichungen von Mitteln im Bildungsbereich widersetzen. Entsprechende Initiativanträge erwarte er auf dem Gewerkschaftstag.

HBV Berlin: Betriebsrätekonferenz

WESTBERLIN.— Auf der HBV-Betriebsrätekonferenz am 22.10. standen der drastische Arbeitsplatzabbau und die zunehmende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im Einzelhandel im Mittelpunkt. Einer weiteren Rationalisierung auf Kosten der Beschäftigten will die HBV entschlossen entgegentreten. Eine „sozial unverantwortliche Leistungsverdichtung" wies Landesbezirksvorsitzender Manfred Alles in der Tatsache nach, daß einem Personalabbau von 17 Prozent in den letzten zehn Jahren eine Vergrößerung der Verkaufsfläche um knapp zehn Prozent und ein Umsatzzuwachs von 74 Prozent gegenübersteht. Die um sich greifende Nutzung computergesteuerter elektronischer Datenkassen wurde von Betriebsräten als Dequalifizierung menschlicher Arbeitskraft angegriffen.

ÖTV Stuttgart: Anzeige bei Gewerbeaufsicht

STUTTGART.— Wegen ihres fortgesetzten Verstoßes gegen die Arbeitszeitordnung (AZO) in Krankenhäusern zeigte die ÖTV die Stadt Stuttgart beim Gewerbeaufsichtsamt sowie beim Innen- und Sozialministerium an.

Nach Schätzungen der Gewerkschaft ist etwa jeder zweite von den rund 10 000 Mitarbeitern in Stuttgarter Krankenhäusern von Arbeitszeiten betroffen, die gegen die tariflich festgesetzte 40-Stunden-Regelwoche mit Überstunden als „Ausnahme" verstoßen.

GEW Niedersachsen: Kampf gegen Disziplinarstrafen

HANNOVER.— Als Mitwirkende bei dem GEW-Beschluß, im Kampf für die 40-Stunden-Woche auch für Lehrer ihre Kollegen zu befristeten Arbeitsniederlegungen aufzufordern, wurden die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands der Landes-GEW zu Geldbußen zwischen 4 000 und 4 500 DM verurteilt. Die betroffenen Lehrer haben dagegen Beschwerde eingelegt, so daß das Urteil noch nicht rechtskräftig ist.

Die Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV hatte sich am 6.11.79 mit dem Kampf der GEW solidarisch erklärt. Deshalb leitete die CDU-Bezirksregierung Hannover eine Untersuchung gegen sie ein. Als „wesentliches Ergebnis der Vorermittlung" wurde fünf Vertrauensleuten der ÖTV beschieden, sie hätten sich damit eines Dienstvergehens schuldig gemacht. Sie sollen gegen ihre „Treuepflicht" verstoßen haben, „indem sie einen rechtswidrigen Streik psychologisch unterstützt" haben. Und die Bezirksregierung geht noch weiter: „Unabhängig von der Frage der Rechtmäßigkeit oder Rechtswidrigkeit des Streiks gebietet es die Treuepflicht, nicht in der Öffentlichkeit in dienstlichen Angelegenheiten gegen die öffentlich vertretene Auffassung seines Dienstherren vorzugehen." (Die Vertrauensleute sind Beamte und Angestellte der Bezirksregierung, die sich dem Streik natürlich entgegenstellten.)

Die ÖTV betonte, daß diese Stellungnahme auf ein praktisches Verbot der gewerkschaftlichen Meinungsbildung und Meinungsäußerung hinausläuft, und kündigte Widerstand mit allen Mitteln an.

Der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung geht indessen weiter: Die GEW strebt eine Massenklage der Lehrerschaft an, die die rechtliche Erfordernis einer Herabsetzung der Pflichtstunden als Konsequenz aus der Einführung der 40-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst feststellen lassen soll.

Ausländerbehörden:

Schreibtischtäter

Das Asylrecht für Türken soll beseitigt werden

KASSEL.— Eine neue Stufe hat die Aushöhlung des Asylrechts durch die Behörden der Bundesrepublik in den letzten Tagen erreicht: verschiedene Gerichtsurteile sollen einen Freibrief für die Abweisung aller türkischen Asylbewerber schaffen.

Nicht anerkannt als politischer Flüchtling wurde ein türkischer Kollege aus Hofgeimar, der in der Bundesrepublik politisches Asyl beantragt hatte. Obwohl er in seiner Heimat von Faschisten verfolgt wird, obwohl er bereits überfallen und angeschossen wurde, sah die Ausländerbehörde keinen Grund, ihm in Westdeutschland Schutz zu gewähren. Bemerkenswert ist die Begründung, die zur Ablehnung herhalten mußte: **Weil sich die jetzige Militärregierung in Ankara um die Herstellung demokratischer Zustände bemühe, genieße er jetzt in der Türkei Sicherheit genug, wenn er sich dem Schutz der dortigen Behörden unterstelle!**

Ein ähnlicher Fall wurde uns aus Kassel gemeldet. Hier war es ein Kollege aus der türkischen Stadt Uschat, der politisches Asyl ersucht hat. In seiner Begründung wies er darauf hin, daß seit dem faschistischen Militärputsch in Uschat laufend Menschen verhaftet werden und nicht wieder auftauchen. Allein in den letzten Wochen wurden 280 Menschen verhaftet. Seitdem fehlt von ihnen jede Spur, auch die Angehörigen wissen von nichts. Es gibt gegen die Verschleppten weder Anklage noch Gerichtsverfahren!

Trotz dieser Tatsachen soll auch dieser Kollege den Faschisten in die Hände gegeben werden. Als er seine Aufenthaltsgenehmigung verlängern wollte, wurde ihm mitgeteilt, das ginge nicht mehr — in Zirndorf habe man seinen Asylantrag abgewiesen. Den schriftlichen Bescheid wird er in den nächsten Tagen erhalten. Danach muß er innerhalb von 14 Tagen die Bundesrepublik verlassen haben, sonst wird er in Abschiebehaft genommen.

Anfang Oktober wurde bereits in Oldenburg in einem Sammelverfahren die Klage von 58 Türken gegen ihre Nichtanerkennung als politische Flüchtlinge abgewiesen. Hier sah das Gericht in ihrer Heimat als Sozialisten der Verfolgung durch das Regime ausgesetzt, keine hinreichenden Gefahren, die die Gewährung politischen Asyls rechtfertigen könnten.

Der Zynismus und die Menschenverachtung der bundesdeutschen Ausländerbehörden kennt offenbar keine Grenzen. Der Putsch in der Türkei führt nicht etwa dazu, daß die Bundesrepublik für verfolgte Türken offener wird. Im Gegenteil. Gerade dieser Putsch wird als Begründung genommen, die Asylanten abzuweisen; die Generäle, die auf so großartige Weise Ruhe und Ordnung schaffen, werden schon Gerechtigkeit walten lassen.

Daß die Mittel, mit denen in der Türkei diese Ruhe geschaffen wird, dieselben Mittel sind, mit denen Hitler in Deutschland einst die Friedhofsruhe des „Dritten Reiches" schuf, interessiert nicht und wird verschwiegen. Vergessen ist die Zeit, in der Tausende deutscher Bürger der faschistischen Barbarei nur dadurch entgingen, daß ihnen ausländische Staaten politisches Asyl gewährten, ihnen die Möglichkeit zur Arbeit und zum Leben gaben. Die Richter, die heute unsere türkischen Kollegen in Schnellverfahren den Henkern in Ankara ausliefern, handeln im Geist derer, die einst deutsche Menschen in die Konzentrationslager lieferten; sie handeln wie ihre Vorgänger in den Gerichtskanzleien der Hitler-Diktatur, die heute zu Recht als „Schreibtischmörder" bezeichnet werden.

Angesichts dieser Vorgänge, angesichts des Schweigens unserer Politiker gegenüber dem Terror in der Türkei, angesichts der offenen finanziellen und militärischen Unterstützung Ankaras durch die Bundesregierung müssen wir den Protest dagegen verstärken, Hand in Hand mit unseren türkischen Kollegen in Westdeutschland. Wir fordern:

Schluß mit der Vergewaltigung des Asyrechts!

Aufnahme aller von reaktionären Regimes verfolgten Asylsuchenden in Westdeutschland und Westberlin!

Schluß mit der Zusammenarbeit Bonn — Ankara!



Mist vor dem Kultusministerium: Studentenprotest gegen den Staatskommissar

Staatskommissar ersetzt gewählten Präsidenten

Angriff auf Hochschulautonomie

Bildungspolitischer Skandal ersten Ranges

KASSEL.— Eine Welle der Empörung vor allem unter der Studentenschaft hat die Maßnahme des hessischen Ministerpräsidenten Krollmann hervorgerufen, den mit großer Mehrheit vom Universitätsparlament der Gesamthochschule Kassel zum Hochschulpräsidenten gewählten Michael Daxner nicht zu bestätigen und durch einen Staatskommissar zu ersetzen. (Vgl. RM 42/80)

In den letzten Tagen kam es zu großen Demonstrationen. Studenten versperrten die Eingänge der Hochschulverwaltung und luden zeitweilig eine Fuhre Mist vor dem hessischen Kultusministerium ab.

Der rechtswidrige Eingriff in die Selbstverwaltung der Hochschule wurde von den Gewerkschaften ÖTV und GEW verurteilt. Michael Daxner ist aktives Mitglied der GEW. Kritik gab es auch in den Reihen der SPD und bei den Jungdemokraten, die das Vorgehen Krollmanns als „bildungspolitischen Skandal ersten Ranges" bezeichneten. Die CDU hingegen nutzte die Vorgänge von Kassel zu einem Vorstoß gegen das Hessische Universitätsgesetz, das es Studenten, wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Mitarbeitern ermöglicht, im Konvent einen Kandidaten gegen den Willen der Mehrheit der Professoren durchzusetzen.

Die selben Kräfte, die die Hochschulautonomie aufs schwerste verletzen, beschuldigen ausgerechnet das notwendige Engagement der Gewerkschaften als „Unterhöhlung der Autonomie". Sie fühlen sich durch „massiven Druck" von außen bedroht.

Der hessische Ministerpräsident Holger Börner hatte seinem Kultusminister schon frühzeitig zu verstehen gegeben, daß er gegen Daxner als Präsident sei. Das ist nicht verwunderlich: Einer der Ablehnungsgründe war bekanntlich, daß Daxner klar gegen das Atomprogramm der Bundesregierung Stellung genommen hatte. Börner aber betreibt den Bau einer atomaren Wiederaufbereitungsanlage in Hessen.

Professor Daxner hat gegen die Entscheidung des Kultusministers Widerspruch bei der Gesamthochschule und beim hessischen Kultusministerium in Wiesbaden eingelegt. Dabei machte er deutlich, daß seine Ablehnung die gesetzlich verankerte Autonomie der Hochschulen, hochschulrechtliche Gebote und seine eigenen Persönlichkeitsrechte erheblich verletzt. Er betonte: **„Es geht mir nicht um den persönlichen Ehrgeiz, Hochschulpräsident zu werden, sondern um die Hochschuldemokratie schlechthin."**

Auch dies ist ein Fall politischen Berufsverbotes. Michael Daxner, der selbst entschieden gegen die Anwendung der Berufsverbote aufgetreten ist — „Da ich die in diesem Land gängigen Überprüfungsverfahren für rechtswidrig und in einem Maße für unmoralisch halte, wie ich es kaum ausdrücken kann, würde ich mit allen beamtenrechtlichen und persönlichen Mitteln dagegen angehen, um dieses nicht durchführen zu müssen." — hat die Solidarität aller Demokraten.

Neuer Ausländererlaß in Westberlin

Ausnahmerecht

WESTBERLIN.— Die Rechte ausländischer Arbeiter in Deutschland werden weiter eingeschränkt, ihre und ihrer Familien Lebenssituation verschlechtert sich weiter.

In Westberlin wurde am 22. September ein neuer Ausländererlaß verabschiedet, dessen Inhalt angesichts der Äußerung des Innensenators Ulrich, der weitere Zuzug von Ausländern nach Westberlin müsse gestoppt werden, vorauszusehen war. Die Behauptung, es sei hier eine „Integrationshilfe" für die ausländischen Bürger geschaffen worden, entlarvt sich auch sofort als plumpe Demagogie. Was hier präsentiert wird, ist ein polizeistaatliches Ausnahmerecht. Willkürlicher Auslegung der Gummiparagrafen durch die Beamten bleibt Tür und Tor geöffnet.

So lassen die Voraussetzungen, unter denen eine befristete Aufenthaltserlaubnis oder eine Aufenthaltsberechtigung erteilt wird, der Fremdenpolizei großen Spielraum. Was ist konkret unter „Einführung in das wirtschaftliche und soziale Leben" zu verstehen? Was unter „angemessenem Wohnraum"? Und vor allem: Wie sollen Ausländer zu diesem Wohnraum kommen, solange nichts dagegen unternommen wird, daß viele private Vermieter nicht an Ausländer vermieten oder die Mieten viel zu hoch sind?

„Angemessen", das heißt menschenwürdig, kann die Wohnsituation der allermeisten natürlich die Regel.

Auch die Familienzusammenführung bleibt für die meisten Illusion, denn dazu muß „der Ausländer in einem ungekündigten Arbeitsverhältnis stehen und die Lebenshaltungskosten der Familie tragen können", was natürlich



Katastrophale Wohnverhältnisse für Ausländer in Westberlin

Ausländer in Berlin eh nicht genannt werden. Ihnen werden die letzten Drecklöcher vermietet, und niemand, keine Behörde oder Polizei, ist bereit, dagegen etwas Grundlegendes zu unternehmen.

Wenn ausländische Kollegen arbeitslos werden, wird ihre Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert, „wenn mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, daß eine neue Dauervermittlungsbeschäftigung nicht vermittelt werden kann". Das als sehr dehnbar auszulegen ist. Wenn die Ausländerbehörde befürchtet, jemand müsse Leistungen der Sozial- und Jugendhilfe in Anspruch nehmen wird sowieso keine Aufenthaltsgenehmigung erteilt.

Somit erweist sich die „Integrationshilfe" als Verhöhnung unserer ausländischen Mitbürger, als Manifestierung ihrer Lage als Bürger zweiter Klasse ohne die elementarsten Grundrechte.

Schnelljustiz für Asylanten

Hessens Justizminister rationalisiert

FRANKFURT.— Erste „Erfolge" können die Ausländerbehörden vermelden: Die Zahl der Asylbewerber geht zurück. Das ist allerdings nicht darauf zurückzuführen, daß immer weniger Menschen zum Beispiel politisches Asyl nötig hätten, sondern es ist ein logisches Ergebnis der Behandlung Asylsuchender durch die Behörden der Bundesrepublik.

Über die von einflußreichen politischen Kreisen betriebene Hetze gegen die „Flut unberechtigter Asylbewerber", die es einzudämmen gelte, haben wir im „Roten Morgen" bereits berichtet. Und es werden weiter konkrete Maßnahmen zudieser Eindämmung getroffen. Eine davon ist die Abkürzung der Gerichtsverfahren, in denen abgewiesene Bewerber gegen ihre Zurückweisung klagen.

In Hessen, wo zur Zeit etwa 5000 Verfahren anhängig sind, sollen die Verwaltungsgerichte, die bisher mit einer besonderen Kammer für die Bearbeitung solcher Klagen zuständig sind, davon „entlastet" und die Verfahren sollen an Einzelrichter übertragen werden. Der hessische Justizmisnister Günther sieht darin einen wirksameren Einsatz richterlicher Arbeitskraft und verspricht sich dabei eine Steigerung der erledigten Verfahren um mindestens 40 Prozent. Außerdem seien Asylverfahren meist nicht so kompliziert, daß sich eine ganze Kammer damit befassen müsse.

Was bei dieser Maßnahme herauskommt, ist leicht auszurechnen: Die Klagen werden oberflächlicher behandelt, es werden mehr Zurückweisungen ausgesprochen, der Abschreckungseffekt steigt, die Zahl der Asylbewerber nimmt weiter ab — Erfolg auf der ganzen Linie.

Um die Menschen geht's ja sowieso nicht. Daß diese Tatsache auch dem Justizminister voll bewußt ist, geht aus einer Stellungnahme zu der schleppenden Erledigung von Asylverfahren beim Verwaltungsgericht Würzburg hervor. Hier führt er „Einarbeitungsschwierigkeiten in die Asylproblematik" an. Dabei sind an dem betreffenden Gericht neun Kammern mit Asylverfahren beschäftigt und verfügen über Erfahrung auf diesem Gebiet. Um wieviel größer ist dieses Problem für Einzelrichter, die zudem noch einen wesentlich geringeren Mitarbeiterstab zur Verfügung haben, und deren Erfahrung damit im Moment gleich Null ist!

Erfolg in NRW:

NPD-Volksbegehren abgewiesen

DÜSSELDORF.— Der von der NPD gesteuerten „Bürgeraktion Ausländer-Stopp" eingebrachte Antrag auf ein Volksbegehren für die „Rückführung" ausländischer Arbeiter aus der Bundesrepublik in ihre Heimatländer ist abgewiesen worden.

Allzu deutlich und provokatorisch erschien wohl den Behörden in Düsseldorf dieses Ansinnen, zumal das Auftreten der faschistischen „Bürgeraktion" stets von massiven Protesten der Bevölkerung und der Gewerkschaften begleitet war. Im politischen Teil der Ablehnungsbegründung wurde betont, daß ein Volksbegehren mit solcher Zielsetzung die Ausländerfeindlichkeit schüren würde. Diese Entscheidung ist zweifellos eine gute Sache.

Als Lippenbekenntnis muß man allerdings die Behauptung der Landesregierung NRW kennzeichnen, sie werde sich „nicht davon abbringen lassen, die Integration der ausländischen Mitbürger zu verstärken." Denn von einer solchen Integration kann auch in NRW nicht die Rede sein.

Ein Bekenntnis gegen die Zwangsrückführung legte auch der Präsident des Deutschen Städtetages, der Kieler Oberbürgermeister Bantzer, ab und sprach von den „Integrationsbemühungen deutscher Städte". Aber eben davon ist in Wahrheit nichts zu bemerken! Der neue Ausländererlaß in Berlin ist dafür nur ein Beispiel. Bantzer lehnt auch ein kommunales Wahlrecht für Ausländer ab. Durch angeblich notwendigerweise willkürliche Kriterien für das Zugeständnis eines solchen Wahlrechts würden Ausländer erster und zweiter Klasse geschaffen. Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit solle allerdings erleichtert werden, wobei die Ausländer ihre „kulturelle Identität" behalten könnten.

Auch hier wieder Vorwände und Halbheiten in den Worten der Politiker, von den Taten gar nicht zu reden. **Unsere Partei hat in ihrem Aktionsprogramm die Forderung aufgestellt, die allein den Ansprüchen unserer ausländischen Kollegen gerecht wird: Sie müssen das Recht auf sofortige Einbürgerung mit allen sich daraus ergebenden Rechten erhalten, ohne die Verpflichtung, ihre bisherige Staatsbürgerschaft aufgeben zu müssen.**

Berufsverbot wegen VOLKSFRONT-Kandidatur

Monika Heubl geht vor Gericht

Breiteste Solidaritätsbewegung

Weil sie für die VOLKSFRONT zur Bundestagswahl kandidierte, wurde die Würzburger Sozialpädagogin Monika Heubl (24 Jahre) auf massiven Druck der CSU vom Stadtjugendring Würzburg gekündigt. Sie war Leiterin des Jugendzentrums Lindleinsmühle. Da die Kündigung wenige Tage vor Ablauf der Probezeit erfolgte, wurde keine Begründung angegeben. (Der „Rote Morgen" berichtete am 3.10.)

Mitte Oktober erreichte uns ein Schreiben, das das „Würzburger Bürgerkomitee zur Verteidigung der Grundrechte" zusammen mit der „Solidaritätsaktion für Monika Heubl" an die Presse gerichtet hat. Dieses Schreiben geben wir hier wieder.

„Betr.: Die Entwicklung nach der Entlassung Monika Heubls durch den Stadtjugendring am 27.9.1980

1. Die bisherige Entwicklung der Protest- und Solidaritätsbewegung: Am 30.9. fand ein erstes Treffen gegen die Entlassung von M. Heubl statt, woran auch zahlreiche Kolleginnen und Kollegen von Frau Heubl teilnahmen.

Die über 40 Teilnehmer beschlossen, als „Solidaritätsaktion für Monika Heubl" zusammen mit dem Würzburger Bürgerkomitee zur Verteidigung der Grundrechte gegen die Entlassung und für die Wiedereinstellung von M. Heubl einzutreten.

Es wurde einstimmig eine Resolution verabschiedet. Es wurde ein Flugblatt herausgegeben, wovon bisher 3 000 in der Würzburger Innenstadt verteilt wurden. Vom 1. bis 7.10. wurden fünf Informationsstände in der Würzburger Innenstadt zu der Entlassung durchgeführt, wobei wir bei großen Teilen der Bevölkerung auf Empörung und Betroffenheit über diese Entlassung stießen. Es wurde eine Unterschriftensammlung durchgeführt, die innerhalb von fünf Tagen **über 1 000 Unterschriften** unter folgenden Text erbrachte: *„Mit meiner Unterschrift protestiere ich gegen die Entlassung Monika Heubls und fordere ihre Wiedereinstellung durch den Stadtjugendring"*.

Diese breite Solidarität drückte sich auch in der Summe der Spenden aus, die bisher zur Unterstützung und Finanzierung der Protest- und Solidaritätsbewegung gegen die Entlassung eingingen: insgesamt 300,— DM im Laufe einer Woche.

Protestresolutionen gegen die Entlassung, verbunden mit der Forderung nach Wiedereinstellung gingen inzwischen ein von: • politischer „Stammtisch der Grünen zur Wahl" in Schweinfurt (am 28. 9. von den 20 anwesenden Teilnehmern einstimmig verabschiedet) • über 40 Teilnehmer des „Treffens gegen die Entlassung Monika Heubls" • der „Jungen Presse Bayern" • dem Ortsverein Lindleinsmühle der SPD • dem Kreisverband Würzburg der GRÜNEN • dem MSB Spartakus Würzburg.

2. Die weitere Entwicklung: Monika Heubl selbst wird rechtliche Schritte gegen die Entlassung unternehmen. Wir wollen erreichen, daß der Stadtrat, der inzwischen dahingehend angeschrieben wurde, sich mit der Angelegenheit befaßt, bzw., daß zumindest die Fraktionen von SPD und FDP eine Stellungnahme abgeben.

Außerdem geben wir uns nicht damit zufrieden, daß der SJR keine weitere Erklärung zu der Kündigung abgibt und damit stillschweigend die im Zusammenhang mit der Kündigung gegen ihn erhobenen Vorwürfe stillschweigend eingesteht, sondern wir fordern auch vom SJR eine Begründung der Kündigung und eine Stellungnahme dazu. (...)"

Begrüßenswert ist die breite Solidarirtät mit Monika, die die CSU eindeutig aufs politische Abstellgleis gestellt hat.

Diejenigen, die von der Entlassung am meisten betroffen sind, die Jugendlichen nämlich, erfuhren von der Entlassung Monikas übrigens erst aus der Presse. Sei stehen voll hinter ihrer Heimleiterin:

„Wir Jugendlichen aus der UJL (Unabhängige Jugend Lindleinsmühle) verstehen die Entscheidung des Stadtjugendringes nicht, weil Monika bei uns beliebt war, sehr gute Arbeit gemacht hat und nie versucht hat, uns politisch zu beeinflussen. Monika war ein halbes Jahr im Jugendheim tätig, in dieser Zeit haben wir sie kennengelernt und uns an sie gewöhnt. Wir konnten mit unseren Sorgen zu ihr kommen und haben Vertrauen zu Moni ... Es ist schlecht für die UJL, daß so eine gute Sozialarbeiterin, sofort nachdem sie sich eingewöhnt hat, gleich wieder entlassen wird, und wir wünschen deshalb die Wiedereinstellung von Monika Heubl."

Die in der Pressemitteilung geforderte Stellungnahme der Parteien und des Stadtrats blieb bisher aus. Es wurde verwiesen an den Stadtjugendring, der als Arbeitgeber zuständig sei. Bei diesem aber haben die Erpressungen von seiten der CSU offensichtlich gewirkt: Er gibt keinen Kommentar ab.

Von einem Mitglied der „Solidaritätsaktion" erfuhren wir, daß Monika Klage beim Arbeitsgericht eingereicht hat:

„Unser Ziel ist natürlich die Wiedereinstellung. Wir wissen, daß das sehr schwer wird. Eine Möglichkeit dazu wäre gegeben, wenn die eigentlichen Gründe der Kündigung auf den Tisch



Monika Heubl

kommen. Dafür setzen wir uns ein ...

Leider hat Monika von der Gewerkschaft (sie ist Mitglied der ÖTV) keinen Rechtsschutz bekommen. Der Antrag ist von der Münchener Zentrale abgewiesen worden. Die offizielle Begründung haben wir noch nicht, aber es ist wohl ‚mangelnde Aussicht auf Erfolg' ..."

Der Anwalt des „Bürgerkomitees", Wolfgang Herbert, erklärte, es bestünde kein Zweifel, daß die Ausübung des passiven Wahlrechts für die VOLKSFRONT der Anlaß zur Kündigung war. Die Kündigung in der Probezeit sei nur erfolgt, um keine Begründung angeben zu müssen. „Insofern reicht der Fall Heubl über die bisherige Praxis der Berufsverbote hinaus."

Im Kampf für ihre Wiedereinstellung gehört Monika die volle Unterstützung unserer Partei. Der „Rote Morgen" wird über den weiteren Verlauf der Kampagne für diese Wiedereinstellung berichten.

Staatsanwalt verwischte Spuren

Neue Fakten zu den Stammheimer „Selbstmorden"

In seiner letzten Ausgabe veröffentlichte der „Stern" einen Bericht über bislang teilweise unbekannte Widersprüche bei der polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen „Aufklärung" über die Ereignisse, die sich in der Nacht auf den 18. Oktober in der Strafanstalt Stammheim abgespielt haben.

Bekanntlich wurde damals schon unmittelbar nach der Auffindung der Leichen von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe die Losung ausgegeben, die drei RAF-Mitglieder hätten ihrem Leben selbst ein Ende bereitet. Der mit den Untersuchungen beauftragte Staatsanwalt Christ ermittelte denn auch ausschließlich auf Selbstmord. Alle Fakten, die nicht in dieses Schema paßten, wurden schlichtweg ignoriert oder unterschlagen.

Andreas Baader soll sich, so folgerte die Kriposonderkommission aus der Lage der Patronenhülse des tödlichen Geschosses, die Pistole mit der linken Hand an den Hinterkopf gehalten haben. **Tatsächlich aber war nicht seine linke, sondern seine rechte Hand blutgefleckt.** Die Version, Baader hätte dabei den Lauf der Waffe unmittelbar an den Kopf gesetzt, wurde vom Bundeskriminalamt selbst widerlegt — allerdings erst, nachdem der parlamentarische Untersuchungsausschuß in Stuttgart seine Tätigkeit schon beendet und die „Selbstmord"-Theorie bestätigt hatte. Aufgrund der Untersuchung der Schmauchspuren am Nacken Andreas Baaders kam der BKA-Experte Hoffmann zu dem Ergebnis: **„Vergleichsweise müßte der Tatschuß aus einer zwischen 30 Zentimeter und 40 Zentimeter gelegenen Entfernung abgefeuert worden sein."**

Jan-Carl Raspe wurde ebenfalls erschossen aufgefunden. In der Einstellungsverfügung von Staatsanwalt Christ heißt es: „Neben seiner rechten Hand lag eine Pistole". Tatsächlich aber bezeugen zwei Justizbeamte, die den Toten auffanden, die Waffe hätte in seiner Hand gelegen. Und zwischen „neben" und „in" besteht ein bedeutender Unterschied. Dazu das Lehrbuch „Gerichtliche Medizin" von Professor Sellier: „Liegt die Waffe noch in der Hand des Toten, ist a priori Tötung anzunehmen, da einem Selbstmörder nach Abgabe des Schusses infolge Bewußtlosigkeit die Waffe entgleitet. Sie liegt in solchen Fällen neben der Hand." **An Raspes Hand, mit der er den tödlichen Schuß abgegeben haben soll, wurden zudem weder Blutspritzer noch Schmauchspuren gefunden.**

Gudrun Ensslin wurde erhängt an einem Kabel in ihrer Zelle gefunden. Was in solchen Fällen sonst unerläßlich ist, wurde hier unterlassen. Man führte keinen Histamin-Test durch, an dem erkannt werden kann, ob sich ein Mensch selbst erhängt hat oder erst nach seinem Tod aufgehängt wurde. Eine alarmierende Tatsache, die weder dem parlamentarischen Untersuchungsbericht mitgeteilt wurde, noch im Einstellungsbericht von Staatsanwalt Christ zu lesen ist: **Als die Leiche abgehängt wurde, riß das Kabel.** Das gleiche Kabel aber soll der Belastung standgehalten haben, die entstanden wäre, wenn Gudrun Ensslin — wie es die offizielle Darstellung behauptet — mit der Schlinge um den Hals von einem Stuhl gesprungen wäre.

Christine Ensslin, eine Schwester der Toten, will Ende dieses Jahres einen umfassenden Untersuchungsbericht zu den „Selbstmorden" von Stammheim vorlegen. Der „Rote Morgen" wird nach Erscheinen dieses Berichtes noch einmal ausführlicher auf den Fall Stammheim eingehen.



9. November 1938

„Reichskristallnacht"

Mahnung und Aufruf

Lebendige Mahnung für das deutsche Volk sind die Geschehnisse der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 in Deutschland. In dieser Nacht verübten die Nazihorden das größte Judenpogrom seit dem Mittelalter:

191 Synagogen wurden in Brand gesteckt und 76 weitere völlig demoliert, 20000 Juden wurden festgenommen, jeweils 36 Todesfälle und Schwerverletzte wurden gemeldet, 7500 Geschäfte wurden zerstört. Offizielle Angaben über Plünderungen, Mißhandlungen und Überfälle wurden nicht gemacht.

Anlaß zu dieser barbarischen Aktion war die Erschießung des deutschen Legationssekretärs in Paris, vom Rath, durch den polnischen Juden Herschel Grynzspan, dessen Familie, wie viele andere im Rahmen der ersten Massendeportation des Dritten Reiches, wenige Tage zuvor an die polnische Grenze verschleppt und von der SS mit Schlägen ins Niemandsland zwischen Deutschland und Polen getrieben wurde. Dort mußte sie im Herbstregen einen ganzen Tag lang herumirren, bevor sie von den polnischen Grenzpolizisten über die Grenze gelassen wurde. Die Erschießung vom Raths war der Racheakt eines vom Naziterror persönlich betroffenen und zur Verzweiflung getriebenen Menschen.

Die Verwüstungen vom 9. November wurden von den Nazis als „Ausbruch des Volkszorns" hingestellt, jede Verantwortung der Nazipartei abgestritten. Die Dokumente aber beweisen, daß es sich hier um eine organisierte Terroraktion handelte, die den Zweck hatte, das deutsche Volk zum Haß gegen seine jüdischen Mitbürger anzustacheln und chauvinistische Gefühle zu entfesseln, welche die Nazis nicht zuletzt für den von ihnen vorbereiteten Weltkrieg benötigten.

Als „Reichskristallnacht" ist dieses Ereignis in die Geschichte eingegangen. Dieser Name stellt eine Verharmlosung der Geschehnisse dar; er entstand aus der Tatsache, daß am Morgen nach der Aktion die Straßen vor den jüdischen Geschäften und Synagogen von Splittern der zerschlagenen Fensterscheiben übersät waren. Diese Pogromnacht bildete den Auftakt zur völligen Enteignung der Juden in Deutschland und zur „Endlösung" — zur angestrebten Ausrottung der deutschen und ausländischen Bürger jüdischen Glaubens im Machtbereich der Hitlerfaschisten. In den auf das Pogrom folgenden Tagen wurden an die 30000 Juden in die Konzentrationslager Dachau, Sachsenhausen und Buchenwald verschleppt.

Anlaß genug, sich der ganzen Unmenschlichkeit des Faschismus zu erinnern und die Entschlossenheit, so etwas nie wieder zuzulassen, zu bestärken, sind die Anschläge der Neofaschisten in der Bundesrepublik, die in dem Massaker von München einen vorläufigen Höhepunkt fanden und seitdem nicht abgerissen sind. **Die Forderung nach dem Verbot der faschistischen Organisationen und jeglicher faschistischen, rassistischen, kriegshetzerischen Propaganda muß am 42. Jahrestag der „Reichskristallnacht" laut und öffentlich zum Ausdruck gebracht werden!**

Wir dürfen aber dabei nicht vergessen, daß diejenigen, in deren Interessen die Nazis ihre Mordtaten unternahmen und für die sie den Weltkrieg vorbereiteten und durchführen, die Häupter der deutschen Großfinanz und -industrie waren. Wir sehen heute, daß es dieselben Kreise sind, die die reaktionäre Entwicklung in unserem Lande zu verantworten haben. Diese Kreise sind es auch, die das Auftreten der militanten Faschisten weitgehend dulden. Sie haben sie zu einem Faktor in ihrer reaktionären politischen Rechnung gemacht, wenn sie auch heute nicht hauptsächlich auf diese offen faschistischen Banden setzen, um ihre Ausbeuterherrschaft aufrechtzuerhalten.

So ist die „Reichskristallnacht" von 1938 nicht nur Mahnung. Sie ist Aufruf zum antifaschistischen Handeln hier und heute!



November 1938: Berliner Juden werden ins KZ Sachsenhausen abgeführt.

Geheimes Fernschreiben von Geheime Staatspolizei Amt II (Müller) an alle Stapo-Stellen und Stapo-Leitstellen vom 9. November 1938.

1. Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden insbesondere gegen deren Synagogen stattfinden. Sie sind nicht zu stören. Jedoch ist im Benehmen mit der Ordnungspolizei sicherzustellen, daß Plünderungen und sonstige besondere Ausschreitungen unterbunden werden können.

2. Sofern sich in Synagogen wichtiges Archivmaterial befindet, ist dieses durch eine sofortige Maßnahme sicherzustellen.

3. Es ist vorzubereiten die Festnahme von etwa 20 000 bis 30 000 Juden im Reiche. Es sind auszuwählen vor allem vermögende Juden. Nähere Anordnungen ergehen noch im Laufe dieser Nacht.

4. Sollten bei den kommenden Aktionen Juden im Besitz von Waffen angetroffen werfen, so sind die schärfsten Maßnahmen durchzuführen. Zu den Gesamtaktionen können herangezogen werden Verfügungstruppen der SS sowie Allgemeine SS. Durch entsprechende Maßnahmen ist die Führung der Aktionen durch die Stapo auf jeden Fall sicherzustellen.

Zusatz für Stapo Köln:

In der Synagoge Köln befindet sich besonders wichtiges Material. Dies ist durch schnellste Maßnahmen im Benehmen mit SD sofort sicherzustellen.

Gestapo II Müller
Dieses FS ist geheim.

Dokument des Nazi-Terrors

Das griechische Volk kämpft gegen die NATO

Volkskorrespondenz aus Thessaloniki (Griechenland)

Liebe Genossen!

Am 22. Oktober wurden die beiden Großstädte Athen und Thessaloniki in Griechenland von zwei großen Demonstrationen erschüttert, die unser Volk gegen den Wiedereintritt Griechenlands in die NATO organisierte. Das ganze Volk demonstrierte wie ein Mann seine Empörung über seine Wiedereinfriedung in den verhaßten Militärblock der amerikanischen Patrone.

Die Erinnerungen an die siebenjährige Diktatur und an den türkischen Einfall in Zypern — beide unter amerikanischer Anstiftung unternommen — sind noch lebendig in unserem Volk. Deshalb sprach es mit Donnerstimme auf den Straßen: „Raus für immer aus der NATO!", „Amerikaner, Mörder der Völker!", „Griechenland, Zypern und Türkei — Vorwärts zur Unabhängigkeit!", „Nieder mit den zwei Supermächten!"

Wie bekannt, begann die „Komödie des Wiedereintritts" in die NATO bereits kurze Zeit nach dem Austritt aus diesem Mordblock. Am 18. Oktober dieses Jahres spielte sich also der letzte Akt dieser Komödie ab. Die griechische Oligarchie warf bereits die Maske ab, als sie den neuen Rogers-Plan akzeptierte. Jetzt war der Weg auch für den formellen Wiedereintritt offen, was auch am nächsten Tag bereits das Ziel war, als der damalige Regierungschef Karamanlis noch demagogisch den „unwiderruflichen und endgültigen Austritt aus der NATO" verkündete.

Die Marxisten-Leninisten erklärten unserem Volk wiederholt, daß dieser „unwiederrufliche" und „endgültige" Austritt ein Manöver war, das darauf abzielte, unser Volk zu betrügen und die Stimmung zu beruhigen, die Empörung, die die siebenjährige Diktatur und die Zweiteilung Zyperns hervorrief, zu beschwichtigen. Sie erklärten, daß die Oligarchie nicht so leicht zu „ändern" ist, daß ihre Existenz und ihr Überleben mit der Erfüllung der Interessen der USA und der NATO zusammenhängt, im Gegensatz zu den Behauptungen der "demokratischen Opposition", die ihr „patriotische" und „realistische" Charakterzüge zuerkannte.

Die Ereignisse haben den Marxisten-Leninisten recht gegeben. Das Schauspiel des „Austritts" aus der NATO und die jüngsten Ereignisse bewiesennicht nur die Natur der Regierenden, sondern auch der Sozialdemokraten, für die es möglich ist, eines Tages zu regieren. Denn alle „legalitätstreuen" Parteien stellten sich noch vor zehn Tagen hinter den Regierungschef Rallis, der angeblich dem Druck der USA Widerstand leistete.

Nach der im Juni in Ankara abgehaltenen NATO-Konferenz und den Gesprächen von Nitsotakis und Erkmen mit Muskie wurde klar, daß die Amerikaner diese Angelegenheit ganz schnell erledigen wollten, weil nach der iranischen Revolution Griechenland besonders wichtig für sie wurde und mit einer sozialdemokratischen Regierung in Griechenland die Sache für sie schwieriger sein würde. In Wirklichkeit handelte es sich um Formalitäten, denn während der ganzen Zeit des „Austritts" nahm Griechenland an allen NATO-Manövern teil, und die Regierung hat den strategischen Plan der Stationierung von Atomraketen und der Errichtung von atomaren Stützpunkten akzeptiert. Ja, das tut man, wenn man sich dem Imperialismus verkauft hat!

Aus dem Wiedereintritt Griechenlands in die NATO ergeben sich wichtige Lehren für unser Volk. Die griechische Oligarchie war und wird für immer ein Lakai der Imperialisten bleiben, ein Gegner der nationalen Volksinteressen. Die nationale Unabhängigkeit und Freiheit werden nur im Volkskampf, durch die Ausrottung des kriecherischen Regimes errungen und in der Volksdemokratie sichergestellt.

Amerikaner und NATO — raus aus Griechenland • Nieder mit den zwei Supermächten! • Unabhängigkeit, Freiheit, Volksdemokratie!

Mit kameradschaftlichen Grüßen
Eine Genossin aus Griechenland



Massendemonstration in Thessaloniki am 22.10.1980

25 Jahre Bundeswehr

Am 12. November 1980 veranstaltet die Bundesregierung das größte Militärspektakel seit Kriegsende. Tausende Soldaten müssen öffentlich ihr Gelöbnis ablegen. „Vorbeimärsche" und Panzerdemonstrationen bereiten das Ereignis vor. Eine große Werbekampagne für die Bundeswehr und den NATO-Kriegsblock.

Die antimilitaristische Jugend aber veranstaltet in vielen Städten Protestaktionen. Dafür sorgte auch die Rote Garde, die Jugendorganisation der KPD. Sie kämpft unter dem Motto „Den Frieden schaffen — mit unseren Waffen!" für die Vorbereitung und Verwirklichung des Friedensplanes unserer Partei.

Für Frieden und Abrüstung — Gegen Militarismus — Für das uneingeschränkte Recht auf Kriegsdienstverweigerung!

— Zentrale Demonstration —

Bonn, 8. November 12 Uhr 30, Nordbrücke

„Wie aggressiv ist die Bundeswehr?"

Veranstaltung des antimilitaristischen Bündnisses Dortmund

am 7. November 1980 ab 18 Uhr
Dortmund-Eichlinghofen, Uni-Club, Stockumer Str. 370
Eintritt 3 Mark

Kulturbeiträge:
Brechtlieder
Rock aus Bochum
Bremer Stadtquerulanten
Folk: Krumme Saite

Wortbeiträge:
Die Friedensbewegung in den 50er Jahren
BRD und NATO
Friedensperspektiven
„Onkruit" — Antimilitaristische Gruppe aus den Niederlanden.

Fackelzug am Mittwoch, den 12. November 1980 in Dortmund
Treffpunkt: 17 Uhr Alter Markt

Grundwasserverseuchung in Heidelberg

Volkskorrespondenz aus Ludwigshafen

In Heidelberg und Umgebung wurde in diesem Jahr eine akute Grundwasserverseuchung festgestellt. Im Grundwasser wurden Chlorkohlenwasserstoffe (organische Lösungsmittel) gefunden, die im menschlichen Körper mit höchster Wahrscheinlichkeit Krebs erzeugen. Daß es chronische Schäden hervorruft, ist bereits einwandfrei nachgewiesen; bei Versuchen mit Ratten und Mäusen hat man Krebs festgestellt.

Aufmerksam wurde man durch Analysen im Wasserwerk Rauschen, das die Stadt Heidelberg mit Trinkwasser beliefert. Anfang '79 hatte man sechs Milligramm pro Kubikmeter gefunden. Anfang '80 waren es schon 12 Milligramm pro Kubikmeter. Die Grenzwerte laut Bundesgesundheitsamt liegen bei 25 Milligramm pro Kubikmeter, laut EG bei 10 Milligramm pro Kubikmeter.

Hierbei ist einmal die Differenz interessant und zum anderen, daß sich Chlorkohlenwasserstoffe im menschlichen Körper anreichern und daß deshalb schon kleinste Mengen schädlich sind. Die Grenzwerte sind toxikologisch viel zu hoch angesetzt, sie dienen als „Beruhigungsgrenzen", nach dem Motto: Die Grenzwerte sind ja noch nicht erreicht. Weiterhin ist interessant, daß die Lösungsmittelgruppe der Chlorkohlenwasserstoffe cirka zehn einzelne Lösungsmittel umfaßt, die verschieden starke toxische Wirkung haben. Beispielsweise gibt es für Tetrachlorkohlenstoff eine Arbeitsstoffverordnung, wonach nur ein Gewichtsprozent in Produkten enthalten sein darf; Jugendliche unter 18 Jahren dürfen nach dieser Verordnung gar nicht damit arbeiten.

Bei den Verursachern handelt es sich hauptsächlich um zwei Firmen in Heidelberg, Firma BBC und Firma Kluthe.

Die Firma Kluthe beschäftigt etwa 100 Arbeiter und Angestellte, sie stellt Verdünner (in der Produktion werden fast alle gebräuchlichen Lösungsmittel verarbeitet) und Entlackierungsmittel her (dabei werden hauptsächlich Chlorkohlenwasserstoffe verarbeitet). Bei der Verarbeitung wird so gut wie gar nicht auf Arbeitssicherheit und Umweltbelastung geachtet.

Die Fluktuation im Betrieb ist enorm, außer dem Betriebsleiter und zwei Vorarbeitern wechselt die Belegschaft fast ständig.

Im April wurde ich zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt. Auf der ersten Betriebsversammlung seit sieben Jahren waren die Punkte Arbeitssicherheit und Belegschaft die Hauptpunkte. Unter anderem schalteten wir die Berufsgenossenschaft ein. Von der Gewerbeaufsicht wurden verschiedene Anforderungen gestellt, die auch zum größten Teil erfüllt wurden. Ausreichend sind diese Maßnahmen jedoch bis heute noch nicht. Gleichzeitig wurde auf unserem Betriebsgelände mit Probebohrungen begonnen. Wir wollten Näheres über die Bohrungen erfahren, doch es wurde nichts bekanntgegeben. Als wir durch Zufall an Analysenergebnisse von Grundwasser, das auf unserem Firmengelände gezogen wurde, kamen, ging ich mit diesen Werten zur Zeitung und bat um Veröffentlichung. Der ganze Fall kam ins Rollen, und es stellte sich heraus, daß nicht nur auf unserem Betriebsgelände die Werte weit überschritten waren, sondern auch in der Umgebung von Heidelberg. So wurden etwa drei Kilometer von unserem Zweitwerk bei den Hessenöfen in der Kuhmilch Chlorkohlenwasserstoffe gefunden, so daß die Milch vernichtet werden mußte. Momentan sieht es sogar so aus, daß in den Organen der Kühe erhöhte Werte an Chlorkohlenwasserstoffen gefunden wurden und die Bauern ohne Veterinär nichts mehr schlachten dürfen. Ohne Übertreibung kann man sagen: Die Existenz dieser Bauern ist vernichtet worden.

Im August dieses Jahres wurde von uns ein Treffen organisiert, wobei ein Zeitungsredakteur der Rhein-Neckar-Zeitung, vier Kollegen aus unserer Firma, ein Kollege der Grünen und die VOLKSFRONT beratschlagten, was zu machen sei. Wir kamen zu dem Ergebnis, daß der Zeitungsredakteur erst einmal versuchen sollte, über die RNZ sämtliche Erkenntnisse zu verbreiten und daß keine Organisation etwas auf eigene Faust unternimmt, sondern daß die Initiative versucht, eine breite Öffentlichkeit herzustellen. Dieses Abkommen wurde von den Grünen im Wahlkampf durchbrochen. Der Zeitungsredakteur durfte plötzlich nicht mehr über diesen Fall berichten ...

Momentan sieht es so aus, daß der jetzige Betriebsrat — ich hatte zu einem Zeitpunkt gekündigt, wo noch nichts genau bekannt war — die Sache mit uns beratschlagt. Wir haben beschlossen, gemeinsam mit der Gewerkschaft den Fall aufzurollen. Da nicht auszuschließen ist, daß Kluthe dicht macht — auf jeden Fall sind sämtliche Arbeitsplätze bedroht —, wollen wir versuchen, die Belegschaft zu mobilisieren. Die gewerkschaftliche Organisierung liegt bei zehn Prozent; wir hoffen, in diesem Kampf das Bewußtsein der Kollegen zu heben.

Zum Umweltproblem gibt es noch folgendes festzustellen: Eine wirksame Abhilfe gibt es nur dann, wenn man den ganzen Boden in Heidelberg austauschen würde. Da dies nicht möglich ist, versucht man, mit Aktivkohlefiltern überall in Heidelberg das Grundwasser zu säubern. Mit diesen Filtern läßt sich zwar der Chlorkohlenwasserstoffwert senken, doch man erreicht nach meiner Schätzung vielleicht ein Prozent des verseuchten Wassers (über den Umfang der Verseuchung kann bzw. will heute noch niemand genau Auskunft geben).

Rechtsextremismus unter Jugendlichen (Teil 2)

Wie Jugendliche mit dem Faschismus konfrontiert werden

„Schätzt ihr Hitler eher positiv als negativ ein?" — Auf diese Frage antworteten 1977 29 Prozent der befragten Hauptschüler, 16 Prozent der Realschüler und 9 Prozent der Gymnasiasten mit: „eher positiv"! In Bayern wollen Meinungsforscher sogar herausgefunden haben, daß 48 Prozent der Jugendlichen gegen einen „fähigen Diktator" mit „sozialer Einstellung" nichts einzuwenden hätten. Meinungsumfragen muß man skeptisch betrachten. Doch ganz von der Hand zu weisen sind sie auch nicht.

Im ersten Teil des Artikels haben wir über die Methoden und politischen Ziele rechtsextremer Jugendgruppen in der BRD berichtet. Insgesamt schätzt man, daß zur Zeit 5 000 bis 10 000 Jugendliche von ihnen erreicht werden. Ob diese Gruppen in Zukunft einen noch größeren Einfluß auf die Jugend erlangen, ist schwer vorauszusagen. Zweifel sind angebracht. **Ihr streng militärisch-diszipliniertes und uniformiertes Auftreten spricht gegenwärtig nur bestimmte und begrenzte Teile der Jugend an. Die breite Masse steht diesen Formen skeptisch und ablehnend gegenüber. Doch das heißt nicht, daß rechtsextremes, faschistisches Gedankengut bei ihnen keinen Einfluß hat.**

Hakenkreuz und Totenkopf

Uns geht es dabei nicht um Hakenkreuz-Schmierereien in Schulen, Jugendzentren oder Kneipen. Auch der Totenkopf, das Symbol der Waffen-SS, ist bei vielen Motorradgruppen groß in Mode. Diese Symbole werden benutzt, weil sie „modern" sind, um zu provozieren und protestieren. Oft ohne weitere Überlegung. Eine Sympathiebekundung für den Faschismus ist es in den wenigsten Fällen.

Interessanter sind da schon Meinungsäußerungen, wie wir sie oben erwähnt haben. Und wer hat es im Wahlkampf, bei Gesprächen mit Jugendlichen nicht selbst erlebt? — „Strauß, das ist der richtige Mann. Wenn der ran kommt, dann wird aufgeräumt. Dann gibt es kein arbeitsscheues, kriminelles und linkes Gesindel mehr." — Äußerungen, die nicht nur von Mitgliedern der Jungen Union gemacht wurden.

35 Jahre sind seit dem Sieg der Roten Armee über den Hitler-Faschismus vergangen. Endlich war Schluß mit der Tyrannei und dem brutalen Massenmorden. Und heute verlangen wieder Jugendliche einen „sozialen Führer", schätzen selbst Hitler positiv ein. Wie ist so etwas möglich? **Die Jugendlichen haben vor 35 Jahren noch nicht gelebt. Das, was sie wissen, ist ihnen vermittelt worden.**

Geschichtliche Analphabeten

Wirft man einen Blick in die Schulbücher, dann wundert einen gar nichts mehr. Auf einer Fachtagung der GEW wurden die fünf gängigsten Geschichtsbücher kritisiert, weil sie das Thema Hitler-Faschismus auf nur knapp 30 Seiten abhandeln. Nach einer ZDF-Untersuchung wird im Schnitt an den Schulen 80 Stunden über das Zeitalter Karl des Großen, 24 Stunden über die Epoche Napoleons und nur 7 Stunden über den deutschen Faschismus unterrichtet.

Dieter Boßmann, der an mehreren Schulen einen Aufsatz zu dem Thema „Was ich über Hitler gehört habe" schreiben ließ, zitiert ein heute noch verwendetes Geschichtsbuch: „Hitler schaffte alles! Und die Erfolge Hitlers schienen das Vertrauen in ihn zu rechtfertigen. Hitler — so mußte es scheinen — schaffte einfach alles: Er schuf Ordnung im Staat, die Arbeitslosigkeit ging zurück. Bald stellten sich außenpolitische Erfolge ein, große Gemeinschaftsleistungen wurden vollbracht. Wer hätte da nicht zustimmen sollen?" An den Text schließt sich dann als Arbeitsaufgabe für die Schüler die Frage an: „Welche Vorzüge hat die Diktatur?"

Dieter Boßmann kommt in seiner Untersuchung zu der Feststellung: „Ein Großteil der Jugendlichen sind geschichtliche Analphabeten, deren geschichtliche Kenntnisse bestenfalls als eine hanebüchene Ansammlung vordergründiger Halbwahrheiten zu bezeichnen sind."

Doch Jugendliche haben ihr Geschichtswissen nicht nur aus Schulbüchern. Eine große Rolle spielt auch das, was sie zum Beispiel im Elternhaus über den Hitler-Faschismus erfahren. 1975 waren 21 Prozent der Erwachsenen (über 30 Jahre) der Meinung: „Ein Mann wie Hitler würde mit den heutigen Problemen besser fertig werden, als unsere Politiker."

Oder Bücher und Zeitungen, die Kinder und Jugendliche zu lesen bekommen. Vor drei Jahren, also bevor die sogenannte „Hitler-Welle" einsetzte, waren bereits 210 Millionen Exemplare an Landser-Heften und ähnlichen Groschenromanen verkauft, in denen das Dritte Reich und der Zweite Weltkrieg glorifiziert werden. Heute kann man in Kaufhäusern alles bekommen: Bücher und Bildbände, vierfarbig aufgemacht, mit Schallplatten und Kassetten kombiniert. Eine kritische Auseinandersetzung mit der damaligen Zeit? Reine Verherrlichung des Hitler-Faschismus! Das mußte auch das Amt für jugendgefährdende Schriften in Bonn begreifen, daß einige dieser Bücher für „jugendgefährdend" erklärte. Doch in Westberliner Bibliotheken wurden diese Bücher noch bis vor kurzem an Jugendliche ausgeliehen!

Und Einfluß auf Kinder kann man bekanntlich auch mit Spielzeug nehmen. Während „linke" Spiele, wie das „Anti-Monopoly" verboten wurden, lebt der Zweite Weltkrieg in Bastelanleitungen für Kriegsschiffe, -flugzeuge und Panzer aus dieser Zeit, fort. Die spanische Firma Airgan wollte sogar allen Ernstes auf der Spielwarenmesse 1979 in Nürnberg die „Spielszene" eines KZ-Lagers mit Stacheldraht, Baracken, Wachtürmen und uniformierten Wächtern anbieten. Erst durch breiten Protest konnte dieses Vorhaben gestoppt werden.

Faschistische Propaganda am Kiosk.

Rock-Musik

Die Musik ist heute ein sehr wichtiges Mittel zur Beeinflussung der Jugend. 13- bis 17jährige geben für keine anderen Sachen mehr Geld aus als für Platten und Kassetten. 82,5 Prozent aller Schüler schalten bereits bei der Erledigung der Schulaufgaben Radio oder Plattenspieler ein.

Um so ernsthafter muß man also eine Entwicklung nehmen, die es seit einiger Zeit in der Rock-Musik gibt. Immer mehr Gruppen präsentieren auf der Bühne eine Mischung aus Gewalt, Brutalität und Nazi-Kult. Es gibt Bands, die nennen sich: „Stukas", „London-SS" oder „Die Diktatoren". Ihre Lieder heißen „Blitzkrieg Bob", „Auschwitz-Jerk" und „Drittes Reich'n'Roll". Die wohl bekannteste und auch populärste unter ihnen ist „KISS". Bis vor kurzem zeichnete man die beiden Buchstaben S noch als SS-Runen. Mit weißgekalkten Gesichtern, Patronengurt um Schulter und Hüfte kommen die Musiker auf die Bühne. „Wollt ihr den totalen Krieg" — Mit diesem Goebbels-Zitat eröffneten sie auf der letzten Tournee ihre Konzerte. Die Bühne ist wie ein Kriegsschauplatz aufgemacht. Die Show ein optisches Schlachtfest, bei dem Liter von Bühnenblut fließen, Geschützfeuer knallt, Flammen lodern, Bomben explodieren und Sirenen heulen.

Freddie Mercury, Boß und Leadsänger der Gruppe „Queen", trat vor einem Jahr bei einem Konzert in der Westberliner Deutschlandhalle in schwarzer Kluft mit SS-Mütze auf. Die Punk-Gruppe „Sex-Pistols" produzierte eine Platte mit den Liedern: „Einmal war Belsen vortrefflich" und „Einmal war Belsen wirklich vortrefflich" (gemeint ist das KZ Bergen-Belsen). Eric Clapton und Rod Stewart unterstützen in England die rassistische und nazistische „National Front". Eric Clapton sagte wörtlich: „Wählt Enoch Powell (Führer der NF). Stoppt Großbritannien auf dem Weg zu einer schwarzen Kolonie! Raus mit den Ausländern!"

Genug der Beispiele. Man müßte schon ein Buch schreiben, will man all das dokumentieren, was die Jugend heute so an Vergangenheitsbewältigung erlebt. Was soll ein 14jähriger zum Beispiel davon halten, wenn Nazi-Verbrecher freigesprochen werden oder über Jahre hinweg in Bayern das Amt des Bürgermeisters bekleiden? Wie soll er sich spontan gegen den Faschismus aussprechen, wenn selbst der oberste Repräsentant dieses Staates, Carl Carstens, ein Alt-Nazi ist? In der Schule lernt er, daß dies der freiheitlichste und demokratischste Staat ist, den es je auf deutschem Boden gab. Es sei denn, er hat einen fortschrittlichen oder kommunistischen Lehrer, der ihm die Wahrheit erzählt.

Aufklärung tut not!

Und wir brauchen konkrete Aufklärung. Mit Zahlen wie: „Sechs Millionen Juden vergast", können viele nichts anfangen. Einzelschicksale sind für einen Jugendlichen besser nachvollziehbar. Erfreulicherweise haben das auch viele Jugendämter, Schulen und Jugendzentren erkannt. Antifaschistische Wochen und alternative Stadtrundfahrten werden durchgeführt. Die Gewerkschaftsjugend und andere Jugendverbände wie Falken, Naturfreunde usw. leisten ihren Beitrag.

Doch Aufklärung alleine reicht nicht aus. Es geht auch weniger um Geschichtskenntnisse. „Geschichtliche Analphabeten" haben wir gesagt. Das ist schon richtig. Doch das Problem steht aktuell. Der Wahlkampf hat es gezeigt. Vom Rechtsextremismus beeinflußte Jugendliche gehen zum Teil zu den Neonazis. Doch viel größer ist die Zahl derjenigen, die sich für Strauß oder den Überfall der GSG 9 in Mogadischu begeistert haben. Hier liegt die Gefahr. Und sie kann wesentlich bedrohlicher werden, wenn sich die Lebenslage der Jugend weiter so verschlechtert wie bisher. Zufrieden sind mit den gesellschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik nur 12 Prozent der Jugendlichen. Doch die Unzufriedenheit der überwältigenden Mehrheit äußert sich noch nicht in politischer Aktivität. Politisches Desinteresse und „Aussteigen" ist der allgemeine Trend.

Das kann schnell umschlagen. Wir haben es schon einmal in Deutschland erlebt. Und die Frage lautet dann: Wer hat die Mehrheit auf seiner Seite? Die Revolutionäre oder die Faschisten?

Die fortschrittliche Jugend zum aktiven Kampf mobilisieren. Für die Verteidigung der demokratischen Rechte, für die Veränderung der Gesellschaft. So stellt sich die Aufgabe für die Kommunisten und insbesondere für ihren Kommunistischen Jugendverband, die Rote Garde. Und in der Hauptseite geht es dabei bestimmt nicht um die Neonazis. Wir nehmen sie ernst. Wir organisieren den Kampf und fordern ihr Verbot! Doch wer hat sie denn erst wieder hochkommen lassen? Nach dem Potsdamer Abkommen sind all diese Gruppen bereits verboten! Wer verharmlost ihre Aktivitäten systematisch? Der westdeutsche Staatsapparat, die das kapitalistische System tragenden bürgerlichen Parteien, die reaktionären Kräfte des Finanzkapitals! Sie müssen mehr die Zielscheibe unseres Kampfes bilden. Und die wichtigste Kraft im antifaschistischen Kampf ist die Gewerkschaftsjugend mit ihren 1,2 Millionen Mitgliedern.



Arbeitslose Jugendliche: Agitationsobjekte für die Faschisten.

Achtung! Der „Rote Rebell", Jugendmagazin der Roten Garde, erscheint jetzt immer am 15. des Monats. Also ab 15. November ist die neue Nummer in allen Büros und bei der Roten Garde zu erhalten. Preis: Nur 50 Pfennig.

Von der Roten Garde Ruhr organisiert

„Den Frieden schaffen mit unseren Waffen"

Antimilitaristisches Seminar

DORTMUND. — Am ersten Novemberwochenende fand das antimilitaristische Seminar statt, das die Rote Garde Ruhr unter dem Titel „Den Frieden schaffen mit unseren Waffen" organisiert hatte.

Wesentlich mehr Teilnehmer als erwartet, bis zu 70, waren von Freitagabend bis Sonntagnachmittag dabei. Dieses Seminar, das neben der allgemeinen antimilitaristischen Arbeit auch der Vorbereitung der bevorstehenden Aktionen diente, war geprägt von sehr intensiver Arbeit in den drei durchgeführten Arbeitsgruppen. Diese beschäftigten sich mit dem Friedensplan der KPD, mit den Lehren die aus Lenins Dekret über den Frieden zu ziehen sind und mit der aktuellen Kriegsgefahr im Krisengebiet Nahost.

Die Diskussion über den Friedensplan der Partei und der Möglichkeiten, dafür zu arbeiten stand auch im Zentrum einer sehr intensiven Diskussion aller Teilnehmer am Sonntagmorgen mit Genossen Ernst Aust, die für viele sehr lehrreich war.

Trotz der knappen Zeit herrschte allgemein Zufriedenheit über den Ablauf und der Wunsch nach Wiederholung wurde laut.



Internationale Friedenskundgebung in Kaiserslautern.

Westeuropäische Friedensbewegung

Massenaktionen gegen die NATO

In mehreren westeuropäischen Ländern wurden am vorletzten Wochenende Massendemonstrationen gegen die atomare Rüstungspolitik der NATO durchgeführt. Im Mittelpunkt stand dabei der Kampf gegen den sogenannten Nachrüstungsbeschluß, mit dem die Stationierung von neuen amerikanischen Atomwaffen in mehreren Ländern Westeuropas in die Wege geleitet werden soll.

LONDON. Über 70000 Kriegsgegner gingen in der britischen Hauptstadt auf die Straße. Fünf Stunden lang dauerte die Massendemonstration, die vom Hyde Park zum Trafalgar Square führte; es war die größte antimilitaristische Demonstration in Britannien seit etwa neunzig Jahren. Organisator war die „Kampagne für nukleare Abrüstung" (CND), die schon seit Jahrzehnten Aktionen gegen die Atomrüstung durchführt. Bemerkenswert war in diesem Jahr die Tatsache, daß der Demonstrationsaufruf der CND von der sozialdemokratischen Labour Party offiziell unterstützt wurde. Einer der Parteiführer, der zum linken Flügel der Labour Party gehörende Tony Benn, sprach auch bei der Abschlußkundgebung auf dem Trafalgar Square.

Die Londoner Demonstration richtete sich in erster Linie gegen die weitreichenden Atomrüstungspläne der NATO und der britischen Regierung. Zum einen sollen nach dem erwähnten „Nachrüstungsbeschluß" des westlichen Kriegspaktes 160 amerikanische Mittelstrecken-Atomwaffen vom Type Cruise missiles stationiert werden. Zum anderen will die Thatcher-Regierung in London auch das britische Atompotential verstärken und die alten Polaris-Raketen durch moderne Trident-Raketen ersetzen.

Zur gleichen Zeit, wo London die machtvollste Friedensdemonstration seit langem erlebte, sandte das britische Fernsehen ein Interview mit Michael Foot, der wie Benn dem linken Labour-Flügel angehört und einer der vier Kandidaten für die Nachfolge von Callaghan als Chef der Labour Party ist. Foot erklärte, er würde als Premierminister die britische Zustimmung zum „Nachrüstungsbeschluß" der NATO zurückziehen und der Stationierung der amerikanischen Atomwaffen in Britannien nicht zustimmen.

KAISERSLAUTERN.— Neben der Demonstration gegen ein atomares Emsland, über die der RM schon berichtete, fand in der Bundesrepublik am vorletzten Wochenende eine weitere große antimilitaristische Kundgebung statt. 6000 Kriegsgegner waren nach Kaiserslautern gekommen und demonstrierten für die Forderungen: „Stoppt die atomare Aufrüstung in Europa! Den NATO-Raketenbeschluß aufheben!" An der Kundgebung nahmen auch viele Kriegsgegner aus den Nachbarländern, vor allem aus Frankreich, Belgien und den Niederlanden, teil. Allein in den französischen Grenzregionen hatten 18 Organisationen zur Teilnahme an der Kundgebung in Kaiserslautern aufgerufen.

Daß gerade die pfälzische Stadt zum Ort für diese Aktion gewählt wurde, hat seinen Grund darin, daß sie inmitten eines atomaren Pulverfasses liegt. Hier konzentrieren sich die amerikanischen Militärbasen. Hier landen US-Transportflugzeuge die amerikanischen Atomwaffen, die dann über die Bundesrepublik verteilt werden.

Die französischen Kundgebungsteilnehmer wandten sich auch gegen die eigenständige Atomkriegsstrategie ihrer Regierung. So erklärte Irene Langevin in Kaiserslautern: „Als Wissenschaftlerin und als Frau wende ich mich entschieden dagegen, den Atomkrieg als banal hinzustellen. Wir widersetzen uns auch ganz entschieden der Neutronenbombe, die die französische Regierung entwickeln will. Ein begrenzter Atomkrieg führt direkt zu einem allgemeinen Atomkrieg. Angesichts dieser Gefahren gibt es keinen anderen Ausweg, als die Friedensarbeit in unseren jeweiligen Ländern noch zu verstärken. Dann werden wir imstande sein, das Blatt zu wenden — und zwar für den Frieden."

LARISSA (Griechenland).— Mehrere tausend Menschen demonstrierten in Larissa gegen die Errichtung eines neuen alliierten Hauptquartiers der NATO-Luftstreitkräfte in der griechischen Stadt. Demonstrationen gab es auch in Athen, im nordgriechischen Kavalla und auf Kreta. Alle diese Aktionen richten sich gegen den Wiedereintritt Griechenlands als Vollmitglied in die NATO, der von der reaktionären Regierung unter Georgis Rallis gegen den erklärten Widerstand der Mehrheit des griechischen Volkes betrieben wurde.

Inzwischen hat die Regierung ihr Vorhaben im Parlament durchgesetzt, wo Rallis eine Mehrheit von 180 von 300 Abgeordneten für den NATO-Beitritt bekam. 94 oppositionelle Abgeordnete hatten schon vor der Abstimmung unter Protest das Parlament verlassen. Der Grund: Unter Berufung auf eine Geheimhaltungspflicht hatte sich die Regierung geweigert, vor dem Parlament Angaben über die von ihr geführten Verhandlungen mit der NATO zu machen. Der Wiedereintritt Griechenlands in die NATO wurde also auf der Grundlage von Geheimverträgen durchgeführt, die nicht einmal dem Parlament bekanntgemacht wurden.

KOPENHAGEN.— Mehrere tausend Demonstranten zogen unter der Losung „Stoppt die atomare Aufrüstung" durch die Straßen der dänischen Hauptstadt. Die Aktion richtete sich in erster Linie gegen die Erhöhung der Militärausgaben in Dänemark und gegen den NATO-„Nachrüstungsbeschluß". An der Spitze der Demonstranten marschierten Mönche aus der durch einen amerikanischen Atomschlag zerstörten japanischen Stadt Hiroshima.

*

Die Aktionen vom vorletzten Wochenende bekunden eindrucksvoll die Stärke der Friedensbewegung in Westeuropa. Das herausragende Ereignis dabei war zweifellos die große Demonstration in London. In den vergangenen Monaten waren vor allem die kleineren NATO-Mitgliedsländer — Belgien, die Niederlande und Dänemark — Schauplatz von Massenaktionen gegen die NATO gewesen. In London haben jetzt die Kriegsgegner in einem großen NATO-Land ihre Kraft unter Beweis gestellt — und die sozialdemokratische Partei dieses Landes sah sich unter dem Druck ihrer Basis und ihrer Anhängerschaft genötigt, die Aktion zu unterstützen.

Das ist ein weiterer Schlag gegen die Kriegstreiber in Washington und im NATO-Stäben, die sich einem immer breiteren Widerstand gegen ihre aggressiven Pläne gegenübersehen. Schon die Massenbewegung in den erwähnten kleineren NATO-Ländern hatten ja dazu geführt, daß die jeweiligen Regierungen unter dem Druck der Proteste die Durchführung von NATO-Beschlüssen (Raketenstationierung, Erhöhung der Militärausgaben usw.) ablehnten, bzw. die Entscheidung darüber hinausgeschoben haben.

Auch in der Bundesrepublik hat die Antikriegsbewegung in der letzten Zeit einen spürbaren Aufschwung erfahren. Mit Sicherheit wird auch die antimilitaristische Demonstration in Bonn gegen die öffentliche Rekrutenvereidigung aus Anlaß des 25. Jahrestages der Bundeswehr ein neuer Beweis dafür sein.

Für Freiheit und Unabhängigkeit

Kämpft gegen die faschistische Junta!

Erklärung der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei (TDKP)

Im folgenden veröffentlichen wir auszugsweise eine Erklärung unserer Bruderpartei aus der Türkei zum faschistischen Militärputsch und der dadurch entstandenen Lage für die Völker der Türkei.

„Am 12. September ergriff die Junta der Generäe die Macht im Land. Zwei Tage zuvor war der amerikanische ‚Putschexperte' General George in die Türkei gekommen. Während der gleichen Tage wurden in unserem Land NATO-Manöver unter der Teilnahme von Tausenden fremder Soldaten durchgeführt. Der Staatsstreich wurde der Welt vom amerikanischen Außenminister bekanntgegeben. Innerhalb eines Tages erklärten alle westlichen Imperialisten ihre Unterstützung für die Junta. Die russischen Sozialimperialisten, die mit den USA bei der Feindschaft gegenüber den Völkern und der Revolution wetteifern, erklärten ihre Zufriedenheit mit der neuen Situation.

Die großen Bosse sagten, die Junta brächte für das ganze Land eine spürbare Erleichterung. Die bürgerliche Presse wurde zum Lautsprecher der Junta. Warum wurde der Putsch der faschistischen Generäle von der CIA geplant und — zur Freude aller in- und ausländischen Reaktionäre — schließlich durchgeführt? Was wird er der Arbeiterklasse und den Werktätigen bringen?"

Die Erklärung der TDKP analysiert die Lage in der Türkei vor dem Putsch, die von einer besonders scharfen Ausprägung der kapitalistischen Krise gekennzeichnet war. Die Versuche der herrschenden Klassen und ihrer imperialistischen Hintermänner, die zunehmenden Lasten der Krise auf die Werktätigen abzuwälzen, stießen auf deren erbitterten Widerstand. Alle Formen der Unterdrückung, einschließlich der Verhängung des Kriegsrechts, konnten die Volkskämpfe nicht beseitigen. Dieses Werk soll jetzt die faschistische Junta vollenden.

Die Erklärung der TDKP entlarvt die angebliche politische Neutralität der Junta und der von ihr befehligten Streitkräfte. Sie zeigt, daß die Armee in den letzten Jahren zunehmend als blutiges Unterdrückungsinstrument gegen die Volkskämpfe eingesetzt wurde und grausame Verbrechen an den Werktätigen beging. Den faschistischen Charakter der Junta beweisen auch ihre ersten Maßnahmen, etwa die Aufhebung der letzten demokratischen Rechte und das Verbot fortschrittlicher Gewerkschaften. Weiter heißt es in der Erklärung:

„Die Junta wird die wirtschaftliche Krise nicht beenden können. Inflation, Arbeitslosigkeit und Produktionsrückgang werden weiter existieren. Das ganze System steckt in der Krise. Durch die Gewalt der Waffen kann weder die Inflation gestoppt, noch der Export gesteigert, die Währung aufgewertet oder das Preisniveau gesenkt werden. Die Junta wird die Ausplünderung des Landes durch die Imperialisten und die Ausbeutung der Werktätigen durch das Monopolkapital verschärfen. Und sie wird versuchen, die Opposition zu unterdrücken. Aber dabei wird sie scheitern. Die Arbeiterklasse wird sich weigern, mit einem Minimallohn von 3300 Liras zu leben. Die Bauern werden Erzeugerpreise zurückweisen, die sie zum Hungern verdammen. Die Jugend wird sich nicht dem Faschismus unterwerfen. Die Soldaten werden es nicht akzeptieren, gegen ihre Brüder und Schwestern, gegen die Arbeiter und Bauern eingesetzt zu werden. Die Werktätigen werden sich nicht vor der Junta beugen, sondern ihre errungenen Rechte verteidigen und sich zum Kampf für Demokratie erheben.

Im Lager der Reaktion wird wie vor dem Putsch einer den anderen bekämpfen, innerhalb der Junta werden sich die Widersprüche zwischen den Generälen und Offizieren entwickeln, sie werden sich gegenseitig verschlingen.

Die Junta zeigt uns wieder einmal, was es mit dem auf sich hat, was die Herrschenden Demokratie nennen. Das Parlament, ein Werkzeug zum Einlullen des Volkes, wurde in dem Augenblick beiseite geschoben, wo es zur Verteidigung der Interessen des Monopolkapitals nicht mehr genügte. Der parlamentarische Faschismus wurde in eine faschistische Militärdiktatur umgewandelt. Die Junta beseitigte nicht die Demokratie, weil es keine Demokratie gegeben hatte. Mit der Ausnahme einiger demokratischer Rechte, die durch den Kampf errungen wurden, hat es in der Türkei nie politische Rechte und Freiheiten gegeben. Arbeiter und Bauern hatten keinen Anteil an der Machtausübung im Land. Das Parlament ist vom Volk getrennt und der einzige Beitrag des Volkes konnte die Stimmabgabe für die Parteien der Kompradorenbourgeoisie und der Grundbesitzer oder für diejenigen sein, die mit diesen Kräften zusammenarbeiten. Das Parlament in der Türkei ist nur eine Maske, die getragen wird, wenn es notwendig ist, und die weggeworfen wird, wenn sie zu einem Hindernis geworden ist. Solcherart ist diese Demokratie, daß fünf Männer sie einfach beseitigen können, um eine angeblich bessere einzusetzen. Und bis heute verkaufen alle Reformisten und Revisionisten mit Ecevit an der Spitze dies als wahre Demokratie und rufen das Volk dazu auf, die parlamentarische faschistische Diktatur, die sie Demokratie nenne, zu verteidigen. Früher sagten sie, man dürfe nicht kämpfen, weil sonst der Faschismus kommen würde. Der Klassenkampf bestätigt jeden Tag, daß wir eine wirkliche Demokratie errichten können, wo all unsere politischen Rechte und Freiheiten garantiert sind, wenn wir auf unsere eigenen Kräfte vertrauen.

Wir erkämpften und verteidigten das Recht auf Streik und Kollektivverträge in den Jahren 1962 und 1963 mit unserem Blut. Wir schlugen die Angriffe gegen unsere Gewerkschaften und die Angriffe der Militärgerichte in den heroischen Junitagen zurück. Auch heute können wir unsere Rechte durch Kampf verteidigen, und das werden wir auch tun. Die Junta wird nicht in der Lage sein, den Kampf des Volkes für die Verteidigung und Erweiterung seiner errungenen Rechte, für die Errichtung einer wirklichen Demokratie, in der Arbeitern und Bauern regieren werden, zu unterdrücken.



Terror der türkischen Militärjunta.

Revolutionäre, Demokraten, fortschrittliche Kräfte!

Schließen wir uns im Kampf gegen die faschistische Junta für wirkliche Demokratie zusammen. Wir haben keine Zeit zu verlieren. Vereint müssen wir den langen Kampf zum Sturz der Junta führen. Die Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei ruft euch zur demokratischen Einfluß auf, um eine wirkliche Demokratie zu errichten.

Arbeiter, Bauern, Werktätige, Frauen, Jugendliche!

Schließen wir uns in der Einheitsfront des Volkes zusammen, für Land und Freiheit, für das Selbstbestimmungsrecht unserer Völker, für das uneingeschränkte Recht, uns in Gewerkschaften zu organisieren, zu streiken und Kollektivverträge abzuschließen, für wirkliche Demokratie.

Völker der Türkei von der türkischen und kurdischen Nation und von allen anderen Nationen!

Die faschistische Junta bedeutet nationale Unterdrückung, Massaker und Unterwerfung unter den Imperialismus. Schließt euch gegen die faschistische Junta in der Front des Volkes zusammen.

Tapfere Arbeiterklasse und Werktätige der Türkei!

Die Kommunistische Partei der Türkei ist die unbeugsame Kämpferin gegen die faschistische Diktatur, gegen die Junta der proamerikanischen Generäle. Glaubt und vertraut unserer Partei. Der Weg der TDKP ist der Weg der Freiheit, Gleichheit, wirklicher Unabhängigkeit und Demokratie, es ist der Weg der Volksmacht und der Revolution.

Vorwärts gegen die faschistische Junta, für wirkliche Demokratie!

Staatsverschuldung

Die Zinsen zahlt der kleine Mann

Auf rund 450 Milliarden Mark ist 1980 die Verschuldung des Staates angewachsen. Die mittelfristige Finanzplanung bis 1983, die infolge der Wirtschaftsentwicklung schon wieder weitgehend illusorisch geworden ist, geht von einem Anstieg der Staatsverschuldung bis 1983 auf 555 Milliarden Mark aus. Welche Auswirkungen hat diese schnell wachsende Staatsverschuldung? Wer leidet darunter und wer profitiert davon?

Bevor wir uns genauer mit der Staatsverschuldung befassen, ist es nützlich, noch einmal klarzustellen, wer unabhängig von der Frage der Staatsverschuldung den Staatshaushalt finanziert und wer vom Staatshaushalt profitiert.

Wer finanziert den Staatshaushalt?

Der Bundeshaushalt 1980 umfaßt insgesamt knapp 215 Milliarden Mark. Davon werden 24 bis 26 Milliarden Mark durch Kredite finanziert, also indem der Staat Schulden macht. Der Rest wird aus dem Steueraufkommen des Bundes bestritten.

Der größte Batzen im Steueraufkommen des Bundes ist die Lohnsteuer. 108 bis 110 Milliarden Mark dürfte der Staat in diesem Jahr den Arbeitern allein an Lohnsteuern abgeknöpft haben. Wie in jedem Jahr selbstverständlich wieder eine Rekordsumme. Nimmt man die Einkommensteuer, die ja zum überwiegenden Teil ebenfalls von Arbeitern, kleinen und mittleren Angestellten zu zahlen ist, und die 1979 mit 37,55 Milliarden Mark zu Buche schlug, hinzu, so haben allein durch diese beiden Steuerarten die Werktätigen bereits weitaus mehr als die Hälfte des Bonner Budgets aufgebracht. Wer aber zahlt den Großteil der KFZ-Steuern, wenn nicht die Werktätigen? Wen trifft die Vielzahl der sogenannten indirekten Steuern von der Mineralölsteuer bis zur Tabaksteuer? Rechnet man alles, was die Werktätigen an Steuern zu zahlen haben, zusammen, ergibt sich, daß nicht nur der größte, sondern der allergrößte Teil des Bundeshaushaltes gezwungenermaßen von den Werktätigen aufgebracht wird und daß nur ein empörend geringer Teil der Bonner Kasse von jenen Kreisen getragen wird, die in unserem Wirtschaftssystem den großen Reibach machen.

Das ist sicher keine neue Erkenntnis. Es ist aber gut, sich daran zu erinnern, um die ganze Unverfrorenheit zu ermessen, mit der die jetzt angekündigten Sparpläne der Bundesregierung nahezu ausschließlich gegen jene gerichtet werden, die ohnehin schon den Löwenanteil des Bundeshaushaltes finanzieren müssen. Zum anderen ist es sinnvoll, diesen Sachverhalt im Hinterkopf zu haben, wenn wir uns von der Frage, wer den Bundeshaushalt finanziert, nun der Frage zuwenden, wer vom Staatshaushalt profitiert.

Wer profitiert vom Staatshaushalt?

Unzweifelhaft gibt es eine Reihe von Ausgabenposten im Bundeshaushalt, die mehr oder weniger jedem Bürger, auch den Arbeitern und Angestellten, zugutekommen. Das gilt z.B. für das Kindergeld. Kein Mensch wird bezweifeln, daß der vom Staat bezuschußte Bau von Krankenhäusern auch der Arbeiterklasse Nutzen bringt, sofern nicht gleichzeitig eine noch größere Zahl von Krankenbetten abgebaut wird. Ohne das aus Staatsmitteln finanzierte Wohngeld wäre für viele Kolleginnen und Kollegen die Miete für ihre Wohnungen unerschwinglich.

Doch schon bei solchen Beispielen, die im Staatshaushalt unter Posten wie Soziales oder Jugend und Familie verbucht sind, kommt man ins Grübeln. Zwar wird einem das Wohngeld vom Wohnungsamt auf das eigene Konto überwiesen, aber dort bleibt es ja schließlich nicht. Es wandert schnurstracks weiter auf das Konto des Vermieters und wird somit überwiegend von den großen Wohnungsbaugesellschaften wie z.B. der Neuen Heimat eingesackt. Ohne das vom Staat und damit aus unseren Steuergeldern gezahlte Wohngeld könnten die Wohnungsbaugesellschaften ihre horrenden Mieten auf dem Wohnungsmarkt gar nicht durchsetzen, weil es nicht genug Mieter gäbe, die in der Lage wären, diese hohen Mieten zu zahlen. Ohne das Wohnungsgeld könnte auch die Bauindustrie ihre derzeitigen Preise nicht durchsetzen. Diese Feststellung ist keineswegs ein Argument für die Abschaffung des Wohngeldes, wie Herr Lambsdorff meint. Ganz im Gegenteil; denn ohne das Wohngeld würden die Wohnungsbaugesellschaften sich keineswegs einsichtig zeigen und mit den Mieten heruntergehen, sondern weniger Wohnungen bauen, um die Mieten so hoch wie möglich zu halten, was eine ungeheure Verschärfung der Wohnungsnot für die Werktätigen zur Folge hätte. Aber unabhängig davon, daß unter den gegebenen Bedingungen das staatliche Wohngeld für die Werktätigen nicht nur dringend notwendig, sondern sogar noch erheblich zu niedrig ist, ist es eine Tatsache, daß von dem Wohngeld nicht die Mieter, sondern in erster Linie die großen Wohnungsbaugesellschaften und die Bauindustrie profitieren.

Nehmen wir noch einen anderen Posten aus dem Bundeshaushalt, der scheinbar im Interesse der Allgemeinheit ist: 14 Milliarden Mark flossen in diesem Jahr aus dem Bundeshaushalt an die Bundesbahn. Mit dem Zug fährt schließlich hin und wieder jeder, und sehr viele Kolleginnen und Kollegen sind täglich darauf angewiesen, mit der Bahn zur Arbeit zu fahren. So scheinen die 14 Milliarden auch in unserem Interesse gut angelegt zu sein. Doch der Schein trügt. Die übervollen Berufsverkehrszüge, die IC-Züge zweiter Klasse auf den Hauptstrecken der Personenbeförderung sind für die Bundesbahn ein Bombengeschäft. Sie brauchen nicht subventioniert zu werden, sondern werfen im Gegenteil einen hübschen Profit ab. Jene Strecken, die nicht an Industriestandorten vorbeiführen und nur dazu dienen, den Bewohnern ländlicher Gebiete eine günstige Verkehrsverbindung zur nächsten größeren Stadt zu bieten, werden auch nicht subventioniert, sondern Zug um Zug stillgelegt. Subventioniert wird vor allem der für die Monopole äußerst wichtige Gütertransport. Hier bietet die Bahn der Industrie Billigsttarife. Die Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt an die Bahn dienen also vor allem dazu, die Transportkosten für die Industrie zu senken.

Gilt schon für diese Ausgaben des Bonner Budgets, die zunächst durchaus „sozial" oder zumindest der Allgemeinheit dienlich erscheinen, daß sie letztendlich in die Kassen der Monopole fließen, so gibt es im Bundeshaushalt andere Posten — zum Teil weitaus gewichtigere —, bei denen das völlig offenkundig ist.

So wurden in den vergangenen Jahren 8 Milliarden an Investitionshilfen an die Unternehmer verteilt. Angeblich sollten diese Milliarden die Unternehmer anreizen, Investitionen vorzunehmen, die Arbeitsplätze schaffen. Tatsächlich haben die Unternehmer dieses Geld genutzt, um Arbeitsplätze wegzurationalisieren.

Unter dem Stichwort Forschung werden Milliarden an die Großkonzerne verteilt, die dadurch einen Großteil ihrer Entwicklungskosten aus Steuermitteln bestreiten. Am 5.10.78 veröffentlichte der „Stern" eine Liste der 50 Firmen, die im Zeitraum 1975 bis 1978 am meisten Subventionen aus dem Forschungsetat erhalten hatten. Insgesamt kassierten diese Firmen fast 3,2 Milliarden Mark, mehr als ein Drittel davon im Bereich der Anwendung der Atomenergie.

Der fetteste Brocken für die Monopole im Bundeshaushalt ist der Rüstungsetat. Im Bundeshaushalt 1980 werden die Ausgaben für die Rüstung offiziell mit 38,5 Milliarden Mark veranschlagt, in Wirklichkeit aber werden viele Milliarden mehr für die Rüstung ausgegeben; denn auch andere Posten des Bonner Haushaltes (z.B. der Forschungsetat) enthalten getarnte Rüstungsausgaben. Über die Rüstung verschafft der Staat den Monopolen einen riesigen, staatlich gesicherten Absatzmarkt. Weil die Rüstungskonzerne zudem auf diesem vom Staat garantierten Absatzmarkt auch noch besonders leicht hohe Monopolpreise durchsetzen können, machen die Monopole gerade mit der Rüstung die dicksten Gewinne. Auf weitaus gefährliche Konsequenzen der Aufrüstung wollen wir an dieser Stelle nicht eingehen.

Im staatsmonopolistischen Kapitalismus haben sich die Monopole den Staat vollständig untergeordnet. Gerade der Haushalt des imperialistischen Staates macht das sehr klar. Das Grundprinzip heißt: Den Armen nehmen, den Reichen geben. Die Werktätigen müssen den allergrößten Teil der Steuerlast tragen, während der überwiegende Teil der so eingetriebenen Steuergelder über den Staatshaushalt unter die Monopole verteilt wird.

Ein anderer Teil des Staatshaushaltes wird verwandt, um den staatlichen Unterdrückungsapparat der Bourgeoisie samt der aufgeblähten Staatsbürokratie zu finanzieren.

Nur ein ziemlich geringer Teil des Staatshaushaltes kommt in der einen oder anderen Form auch den Arbeitern und Angestellten zugute. Aber auch dabei geht es keineswegs um irgendwelche Steuergeschenke des bürgerlichen Staates an die Arbeiterklasse, sondern im Kern darum, daß der Staat mit einem kleinen Teil der von den Werktätigen aufgebrachten Steuern dafür Sorge trägt, daß für die Kapitalisten stets ein nach Zahl, Arbeitsfähigkeit (Gesundheit) und Qualifikation ausreichendes Arbeitskräftereservoir verfügbar ist.

Staatsverschuldung — ein gutes Geschäft

Alles, was wir bis jetzt über den Staatshaushalt gesagt haben, gilt unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung. Ob Hochkonjunktur oder Krise: der Staatshaushalt dient zur steuerlichen Ausplünderung der Werktätigen und zur Bereicherung der Monopole. In der Krise aber, wenn der Absatz stockt, die Lager von nicht absetzbaren Waren überquellen, die Kapitalisten infolgedessen geringere Profite machen, dann langen die Monopole erst recht in die Staatskasse. Der Staatshaushalt wird zu einem der wichtigsten Instrumente, um die Lasten der Krise auf die Werktätigen abzuwälzen.

Wo der sonst so gepriesene freie Markt keine ausreichenden Gewinne mehr garantiert, muß der Staat eben den Absatz garantieren. Der Staat vergibt Aufträge in Milliardenhöhe: öffentliche Bauten, Autobahnen, vor allem aber Rüstungsaufträge. Der Staat subventioniert den Export, damit die Monopole ihre Waren leichter im Ausland absetzen können. In Krisenzeiten versprechen Investitionen keine schnellen Gewinne, vor allem ist unsicher, welche Investitionen in Zukunft besonders profitträchtig sein werden. Also übernimmt der Staat in Form von Investitionsbeihilfen einen Teil der Investitionskosten. Die Kapitalisten jammern über zu hohe Kosten und zu niedrige Gewinne. Also zeigt der Staat ein Herz für die Armen und erläßt den Kapitalisten einen Teil der Steuern. In bestimmten Bereichen sehen die Kapitalisten keine Chance mehr, bei gleichem Produktionsvolumen ausreichend hohe Gewinne zu machen. Nach ihrer Logik muß die Produktion eingeschränkt werden. Also zahlt der Staat den betroffenen Konzernen eine Prämie für jede Tonne, die sie nicht produzieren lassen usw. usf. Alle diese Milliardengeschenke werden aus dem Staatshaushalt und damit von den Werktätigen bezahlt.

Gleichzeitig passiert folgendes: Die Unternehmer schränken die Produktion ein und werfen Hunderttausende auf die Straße. Entsprechend wird die Arbeitslosenversicherung belastet. Natürlich können die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erhöht werden, natürlich können die Berechtigungskriterien für den Bezug von Arbeitslosengeld und die Zumutbarkeitsbestimmungen erhöht werden, um die Zahl der Arbeitslosengeldempfänger möglichst niedrig zu halten, aber staatliche Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung werden dennoch unausweichlich, wenn das Arbeitslosenversicherungssystem nicht zusammenbrechen soll, was zu erheblichen sozialen Unruhen führen würde.

Um den häßlichen Eindruck allzu hoher Arbeitslosenzahlen zu vermeiden, wird eine große Zahl älterer Kollegen frühzeitig in Rente geschickt. Die Rentenversicherung wird in vorher nicht einkalkuliertem Ausmaß belastet, während die Zahl der Beitragszahler sinkt und die eingezahlten Beiträge niedriger als erwartet sind, weil die Kapitalisten in der Krise die Löhne drücken und durch Kurzarbeit und Wegfall von Überstunden und Sonderschichten das Einkommen der Arbeiter insgesamt sinkt. Natürlich kann man durch getarnte Rentensenkungen oder durch die Verschiebung einer fälligen Rentenerhöhung einiges ausgleichen, aber ein staatlicher Zuschuß zur Rentenversicherung wird unausweichlich.

Steuererhöhungen sind in so einer Situation natürlich das erste Mittel. Die Werktätigen werden noch stärker zur Kasse gebeten. Aber auch, was den ohnehin schon unter den Lasten der Krise leidenden Werktätigen an zusätzlichen Steuererhöhungen abverlangt werden kann, hat seine Grenzen.

Die Staatskasse wäre unter diesen Umständen schnell bis auf den letzten Pfennig ausgeraubt. Der Staat müßte Bankrott anmelden, wenn nicht gewisse Kreise zufällig einiges auf der hohen Kante hätten und sogar bereit wären, dem Staat gegen entsprechende Zinsen auszuhelfen ...

Ein sozialdemokratischer Finanzminister macht sich Sorgen

Der Staat macht also Schulden. Und er muß gewaltige Schulden machen. Allein die Zinsen muß der Bund in diesem Jahr mindestens 13,5 Milliarden Mark zahlen. Im laufenden Haushaltsjahr zahlt der Bund also mehr an Zinsen als er für die Landwirtschaft und die Entwicklungshilfe zusammen ausgibt. Nach vorsichtigen (also optimistischen) Schätzungen wird der Bund bereits mindestens 1982 22 Milliarden Mark zu zahlen haben.

Wer diese gewaltige Zinslast zu zahlen hat, ist klar: wir, die Werktätigen, mit neuen Steuererhöhungen. Spannender ist schon die Frage, wer die Zinsmilliarden kassiert. In der „Wirtschaftswoche" vom 28.3.80 wieß der Finanzminister Matthöfer auf diese Frage eine einfache Antwort: *„Alle Steuerzahler der jeweiligen Generation zahlen an diejenigen, die in der betreffenden Jahr Bundespapiere halten, über ihre Steuern Zinsen."*

Die einen Steuerzahler zahlen also den anderen Steuerzahlern Zinsen. Das ist nur gerecht; denn die einen Steuerzahler haben dem Staat ja auch Geld geliehen und die anderen nicht. Trotz dieser ausgesprochen fairen Regelung kommen dem Finanzminister Bedenken, ob sich nicht vielleicht doch eine gewisse Ungerechtigkeit eingeschlichen hat: *„... in der Regel halten die Bezieher höherer Einkommen Bundespapiere, nicht die kleinen Arbeiter und Angestellten. Eine starke Verschuldung des Staates bedeutet mit großer Wahrscheinlichkeit eine Einkommensverteilung zugunsten der oberen Einkommensschichten. Diese Umverteilung macht mir als Sozialdemokrat Sorgen."*

Der Staat gibt also, wenn er die Schulden macht, eine Art von Schuldscheinen aus, die er verkauft. Wer sie kauft, erhält eine hübsche Verzinsung und nach Beendigung der vorher festgelegten Laufdauer den vollen Wert, der auf dem Schuldschein vermerkt ist, wieder zurück.

Der Staat gibt aber verschiedene Arten von Schuldscheinen aus. 1979 deckte der Bund seinen Kreditbedarf beispielsweise durch den Verkauf von Bundesobligationen, Bundesanleihen, Bundesschatzbriefen, Kassenobligationen, Schuldscheindarlehen, um nur die wichtigsten zu nennen. Mit den oft recht feinen Unterschieden, die zwischen diesen Wertpapieren bestehen, wollen wir uns nicht befassen. Für unser Thema ist vor allem wichtig, wer diese Papiere eigentlich kauft und damit in den Genuß der Zinsmilliarden und der Matthöferschen Einkommensumverteilung kommt.

Da gibt es Bundespapiere wie z.B. die Bundesschatzbriefe, die grundsätzlich jedermann bei der Bank oder der Sparkasse kaufen kann, sofern er überhaupt Geld zum Sparen übrig hat und es für einige Jahre anlegen will. Einen Bundesschatzbrief kann man schon für hundert Mark kaufen. Aber es gibt eben auch andere Papiere wie z.B. Schuldscheindarlehen, die keineswegs von jedermann, sondern ausschließlich von Banken, Versicherungen und ähnlichen sogenannten Kapitalsammelstellen gekauft werden können.

1979 hatte der Bund einen Bruttokreditbedarf von 54,6 Milliarden Mark. Davon wurden 37 Milliarden Mark durch die Ausgabe von Papieren gedeckt, die ausschließlich von Banken, Versicherungen u.ä. erworben werden können. Nur 17,6 Milliarden Mark wurden durch die Ausgabe von Papieren gedeckt, die grundsätzlich auch vom besser verdienenden Angestellten oder Facharbeiter erworben werden können. Aber auch von diesen Papieren verbleibt ein erheblicher Teil bei den Banken, Versicherungen, verschiedenen Fonds u.ä.

Der langen Rechnung kurzer Schluß: Den Löwenanteil der Kredite erhält der Staat vom Finanzkapital, folglich kassiert das Finanzkapital den Löwenanteil der Zinsmilliarden.

Gerade in der Krise, wo viel Kapital brachliegt, weil wenig investiert wird, ist dem Finanzkapital der Staat als Kreditnehmer höchst willkommen. Nach all den Milliarden, die durch die Ausplünderung der Staatskasse ohnehin schon in die Taschen der Monopole und Banken fließt, kommt nun das große Kreditgeschäft mit dem Staat hinzu und die Werktätigen zahlen die Zinsen.

Wenn der Herr Finanzminister die ganze Wahrheit kennen würde, es würde ihm sicher den Schlaf rauben. Falls der Finanzminister sich noch einmal zum gleichen Thema äußern möchte, schlagen wir folgende leichte Formulierungsänderung vor:

„Alle Steuerzahler der jeweiligen Generation zahlen in erster Linie dem Finanzkapital über ihre Steuern Zinsen. Eine starke Verschuldung des Staates bedeutet mit Sicherheit eine Einkommensumverteilung zugunsten des Finanzkapitals. Mir als Sozialdemokraten macht es Sorgen, daß die kleinen Arbeiter und Angestellten diesen Schwindel durchschauen könnten."

5. Bischofssynode in Rom

„Das Leben der Doktrin anpassen"

In Rom haben sich unmittelbar vor dem Start des Wojtyla-Papstes zur Deutschland-Tournee die katholischen Oberhirten aus aller Welt zu ihrer Bischofssynode zusammengefunden. Das ist eine Vollversammlung, die von den PR-Managern des Vatikans gerne mit dem flotten modernen Ausdruck „Kirchenparlament" bezeichnet wird.

Aber dadurch sollte sich niemand verwirren lassen. Denn selbstverständlich hat die alleinseligmachende Kirche den vom Bürgertum vor Jahrhunderten erfundenen parlamentarischen Schnickschnack nie in den eigenen Reihen eingeführt. Hier lebt man nach wie vor in der guten alten Zeit — im Mittelalter. Hier gilt nach wie vor ein einziger Wille, der des Papstes. Denn der ist ja schließlich unfehlbar. Und so hätte diese Bischofssynode denn tun und lassen und erklären können, was sie wollte. Es hätte ihr doch nichts genutzt, wenn der unfehlbare Karel Wojtyla eine andere Meinung gehabt hätte.

Zu Konflikten zwischen der Synode und dem Stellvertreter Gottes auf Erden jedoch kam es gar nicht erst. Alles lief in Rom nach Plan. Die „Frankfurter Rundschau" notierte dazu: „Selbst der liberale Teil der 216 Synodalväter zeigte sich deprimiert über die durch Druck des Wojtyla-Papstes zustande gekommene starre Grundhaltung der Kirchenversammlung."

Thema der Synode war die Familie. Über deren Sorgen und Probleme wäre ja nun wirklich einiges zu sagen. Das Abschlußpapier der Bischofskonferenz aber enthält dazu nur eine schlichte Bankrotterklärung: „Es geht hier nicht darum, Antworten auf die komplexen Fragen über Ehe und Familienleben in unserer Zeit zu geben, sondern vielmehr darum, unseren Gefühlen der Liebe, des Vertrauens und der Hoffnung Ausdruck zu geben." Liebe, Vertrauen, Hoffnung — das ist hier nun ganz im vatikanischen Sinne zu verstehen.

Etwa so: Niemand kann leugnen, daß dort die Probleme der Familie am drückendsten sind, wo materielles Elend und brutale politische Unterdrückung herrschen. Davor konnten auch die Oberhirten in Rom die Augen nicht verschließen. Aber was empfahlen sie den derart betroffenen Familien? Sie möchten doch bitte warten „auf den barmherzigen Samariter, auf daß er ihre Wunden verbinde und sie mit dem Wein und Öl der Heilsfreude heile." Amen. Wer mag nur dieser Samariter sein? Vielleicht ein katholischer weltlicher Herrscher vom Schlage der Diktatoren Pinochet oder Marcos? Oder vielleicht Karel Wojtyla selbst?

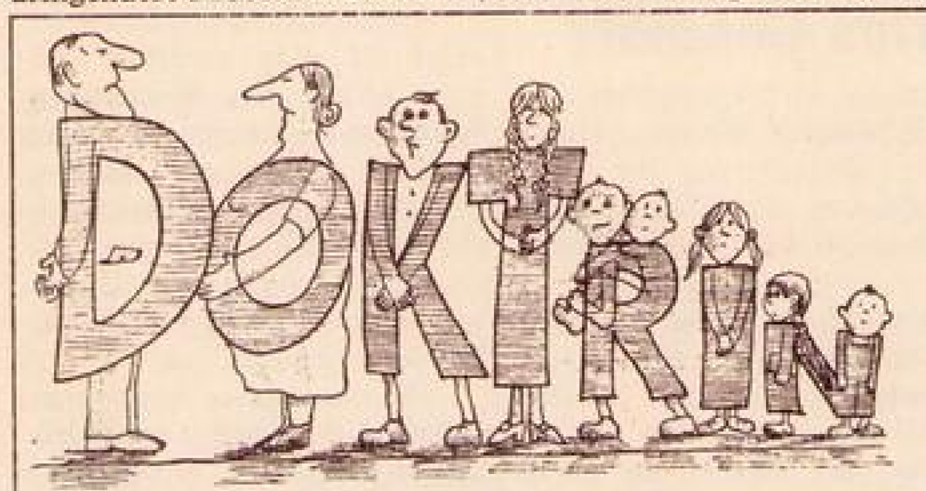
Wie dem auch sei: Für die drängenden sozialen und politischen Probleme der katholischen Familien in aller Welt hat die Bischofssynode den Ausweg umrissen — warten auf den barmherzigen Samariter. Und wer da nicht warten will, daß seine Wunden mit Wein und Öl eingerieben werden, wer seine Lage selbst verbessern will, der ist des Teufels. Überhaupt gibt es nach Ansicht der Synode viel dringendere Probleme als Hunger, Massaker und Folter, oder was sonst noch in den katholischen Ländern von El Salvador bis Südkorea an der Tagesordnung ist.

Für diese wirklichen Probleme der Familie ist Karel Wojtyla selbst der unangefochtene Fachmann. Und darüber ließ er sich denn auch lang und breit auf der Synode aus. Da gibt es zum Beispiel auf dieser Welt wahrhaft satanische Regierungen. Nein, nicht diejenigen, die da foltern und massakrieren — mit denen lebt der Vatikan im Frieden. Gemeint sind die Regierungen, die brave katholische Familien zur Anwendung „unmoralischer Mittel" zwingen. Und als solche Mittel klagte Papst Wojtyla die Empfängnisverhütung, die Sterilisierung oder die Abtreibung an. All das namlich wurde von Wojtyla nachdrücklich als Teufelswerk verdammt. Und all Elenden in den Hungerregionen der „Dritten Welt" wurde bei Strafe der Verdammnis jede „künstliche" Empfängnisverhütung verboten. Sie mögen Kinder im Dutzend großziehen. Für das Weitere wird dann der barmherzige Samariter sorgen.

Der Bannfluch Wojtylas traf auch diejenigen, die von ihren Ehepartnern geschieden wurden, ganz gleich, ob sie ledig sind oder sich wieder verheiratet haben. Diese Unwürdigen — so entschied der Papst, und die Synode folgte ihm auch darin eilfertig — sollen für immerdar Katholiken zweiter Klasse bleiben; sie sind sowohl von der Beichte wie auch von der Kommunion ausgeschlossen. Eine einzige Chance nur räumte der oberste Hirte ihnen ein, um wieder gleichwertige Mitglieder der Herde zu werden: sie müssen in völliger sexueller Enthaltsamkeit leben. Eine abartige Forderung?

Wohlan, der Stellvertreter Gottes aus Krakow konnte es in Rom noch perverser: Er verdammte all diejenigen männlichen Schafe aus seiner Herde als Sünder und Ehebrecher, die „Begierde für die eigene Frau" empfinden.

Und was die Bischofssynode betrifft, so hat ihr Präsident, der spanische Kardinal Primatesta, deren Geist treffend auf den Begriff gebracht. Auf vorsichtige Fragen von Journalisten, ob sich die jetzt in Rom verkündeten oder bestätigten Doktrinen denn mit dem Bedürfnissen der Katholiken im 20. Jahrhundert vereinbaren ließen, antwortete der Kardinal: „Nicht die Doktrin muß sich dem Leben anpassen, sondern das Leben der Doktrin."



Bischofssynode: Das Leben hat sich der Doktrin anzupassen.

Kardinal Höffner:

„Keine Beweise für Morde in El Salvador"

Den Menschen in unserem Land ist die üble Hetzkampagne noch sehr gut in Erinnerung, die von der katholischen Kirche gegen die legale Abtreibung geführt wurde. Da waren Ärzte als Mörder und Verbrecher beschimpft worden, da wurde die Abtreibung selbst auf eine Stufe mit den Nazi-Massenmorden von Auschwitz gestellt.

Wenn es aber darum geht, wirkliche faschistische Schlächter und Folterer zu verurteilen, verfallen die Bischöfe und Kardinäle in tiefes Schweigen. Der Kölner Kardinal Joseph Höffner gab dafür wieder einmal ein Beispiel, als er sich zu der kurzfristigen Besetzung des Kölner Doms durch Salvador-Solidaritätsgruppen äußerte. Der Kirchenmann stritt die grausamen Verbrechen der faschistischen Militärjunta in El Salvador, die unter anderem auch den Erzbischof des Landes, Oscar Romero, ermordet hat, schlichtweg ab.

Für solche Verbrechen gibt es nämlich nach der Ansicht des Kardinals keine Beweise. Wörtlich sagte Höffner: „Zeitungsberichte sind kein hinreichender Beweis. Auch irgendwelche Aussagen von ‚Zeugen' reichen nicht aus. Ist gerichtlich festgestellt, daß sie die Wahrheit sagen? Oder sind sie rechte oder linke Propagandisten?"

Diese Ungeheuerlichkeit bedeutet ja nichts anderes, als daß sich die Zeugen für den Terror in El Salvador erst einmal von den dortigen Gerichten bescheinigen lassen sollen, daß sie auch die Wahrheit sagen. Angesichts dieser zynischen Erklärung des Kölner Kardinals fragte eine Gruppe „Christen für den Sozialismus" denn auch: „Will er damit etwa auch sagen, die Kirche konnte im Dritten Reich ihre Stimme nicht für die Millionen vergasten Juden erheben, weil der Volksgerichtshof die KZ-Betreiber nicht verurteilt hat?"

Die katholischen Kirchenfürsten haben damals nicht nur geschwiegen, sondern die Mitglieder ihrer Kirche zur Treue gegenüber dem „Führer" aufgerufen. Heute halten sie, wie es der Kardinal Höffner demonstriert hat, wieder ihre segnenden Hände über faschistische Diktatoren. Den Kirchenbesetzern empfahl Höffner, sie sollten doch gefälligst gegen den Kommunismus kämpfen und sich zum Beispiel der „heroischen Kirche Albaniens" annehmen, die unter „schweren Prüfungen und Verfolgungen zu leiden hätte."

Vor dem Papstbesuch

Bischöfe verteufeln die Reformation

Um die Christenheit in unserem Land auf den Besuch von Karel Wojtyla einzustimmen, ließ die Katholische Bischofskonferenz ein Buch unter dem Titel „Kleine deutsche Kirchengeschichte" verteilen. Es hätte wohl kaum jemand Notiz von diesem Buch genommen, wären nicht die evangelischen Bischöfe mit heftiger Kritik daran an die Öffentlichkeit getreten.

Remigius Bäumer, der Verfasser dieser „Kirchengeschichte", hatte nämlich all die sonst gerne verbreiteten wohlklingenden Worte von der Gemeinsamkeit aller Christen beiseitegewischt und zu einem Tiefschlag gegen Martin Luther, den Begründer der protestantischen Kirche ausgeholt. Da wurde der Reformator als Sadist, Ketzer und Kirchenspalter verteufelt, wurde die „Maßlosigkeit seines Zorns und seiner Polemik" beklagt, die „ihn blind machte für die katholische Wahrheit". Außerdem — so etwas darf ja nicht fehlen bei Geifer der Wojtyla-Leute — hätte Luther seine Hochzeit mit einer ehemaligen Nonne „durch Unzucht und Gelübdebruch befleckt".


Martin Luther

Dieser Tiefschlag ist weit mehr als nur ein kircheninternes Gezänk darüber, wer denn nun das wahre Evangelium vertrete. Luthers Reformation, die hier so wüst angegriffen wird, war eine politische Bewegung. Im frühen 16. Jahrhundert war die katholische Kirche vor allem eine weltliche Macht. Sie plünderte die Völker in ihrem Einflußbereich durch drückende Abgaben an Rom und durch ihre feudalen Besitztümer, die sie überall unterhielt, aus. Ganze Heerscharen von Pfaffen, Mönchen und Nonnen mästeten sich an der harten und mühseligen Arbeit der Bauern und Handwerker. Deshalb war auch die Kirche zu jener Zeit die vom Volk am meisten gehaßte Einrichtung der Gesellschaft. Das galt besonders für Deutschland, wo nicht wie in Frankreich oder England ein starkes Königtum die Macht des Papstes und seiner Kirche begrenzte.

Luthers Reformation wurde so nahezu von allen Schichten der Gesellschaft als Fanal zum Kampf gegen die drückende Macht der Kirche verstanden. Sie war auch eine wichtige Voraussetzung für die mächtigste revolutionäre Bewegung des Mittelalters, den „Großen Bauernkrieg" von 1525. Allerdings verbanden die verschiedenen Klassen der Gesellschaft auch unterschiedliche Interessen mit der Reformation. Die Feudalherren wollten sie auf eine rein kirchliche Bewegung beschränken, um die weltliche Macht der katholischen Kriche zu beseitigen und sich deren gewaltige Reichtümer selbst einzuverleiben. Das aufstrebende Bürgertum sah in der Reformation eine Waffe, um den Einfluß von Kirche und Adel gleichermaßen zu beschränken. Die bäuerlich-plebejischen Massen aber sahen in der Reformation den Auftakt für eine grundlegende gesellschaftliche Umwälzung, und dafür zogen sie gegen Fürsten und Bischöfe in den Krieg.

Martin Luther hat sich bekanntlich, erschreckt von der revolutionären Wucht des Bauernkrieges, alsbald auf die Seite der Fürsten und Bürger geschlagen und ist mit ihnen gegen „die mörderischen und räuberischen Rotten der Bauern" zu Felde gezogen. Die von ihm begründete protestantische Kirche ist zu einem ebensolchen Werkzeug der Herrschenden geworden, wie die katholische Kirche schon war. Sie hat — vor allem im Dienst des preußischen Militarismus und des deutschen Imperialismus — ebensolche Verbrechen begangen wie ihre römische Konkurrentin.

Wenn jetzt vor dem Papstbesuch die katholischen Bischöfe wieder die Polemik gegen Luther eröffnen, dann richtet die sich natürlich nicht gegen den Verräter an der Sache der Bauern. Der Angriff zielt gegen die Reformation als eine in der Geschichte fortschrittliche Bewegung, die insgesamt der bürgerlichen Revolution den Weg gebahnt hat. Insofern ist die Schrift des Remigius Bäumer nur ein weiterer Ausdruck dafür, daß sich unter dem Papst Karel Wojtyla das finstere reaktionäre Dunkelmännertum in der römischen Kirche offener und unverschämter präsentiert, als es in den letzten Jahrzehnten der Fall gewesen ist.



Sonntag, 9. November, 21.10 Uhr, ARD
Fürs Vaterland zu sterben. Spielfim von David Greene, der sich kritisch mit dem Vietnamkrieg auseinandersetzt.

•

Sonntag, 9. November, 20.15 Uhr, NDR III
Der Traum ist ein zweites Leben. Film über den bedeutenden spanischen Maler Francisco Goya, dessen Werk gegenwärtig in einer Ausstellung der Hamburger Kunsthalle zu sehen ist.

•

Montag, 10. November, 21.45 Uhr, WDR III
Ein Privatunternehmen. In seinem ersten Spielfilm setzt sich der britische Regisseur Peter K. Smith mit den Problemen von Gastarbeitern in der Industriestadt Birmingham auseinander. Seine Sympathie gehört dabei dem Arbeiter Ashok, einem Emigranten aus Indien, der in den Kämpfen gegen Unternehmer und Staat politisches Bewußtsein entwickelt.

•

Mittwoch, 12. November, 20.15 Uhr, ARD
Die Rache des Kapitän Mitchell. Diesem Film des DDR-Fernsehens liegt die Erzählung „Safty first" von Bertolt Brecht zugrunde. Es geht um eine Reederei, die ein vollbemanntes Schiff auf dem Meer versinken lassen will, um die Versicherungssumme zu kassieren.

•

Donnerstag, 13. November, 20.20 Uhr, NDR III
Sein oder Nichtsein. Ernst Lubitsch hat diesen Film 1942 im Exil gedreht. Wie viele andere deutsche Künstler war er vom faschistischen Terror zur Auswanderung gezwungen worden. „Sein oder Nichtsein" ist eine Komödie mit ernstem Hintergrund. Eine polnische Theatertruppe setzt ihre besonderen beruflichen Fähigkeiten beim Kampf gegen die Nazi-Besatzer ein.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD, Dorstener Str. 86.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/83 23 2[illegible], geöffnet: Mo., Mi., Fr., 17 - 19 Uhr.

4100 **DUISBURG** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/44 30 14.

4000 **DÜSSELDORF** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Fr [illegible] 19 Uhr, Sa. 10 - 12 Uhr.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/ 77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD, Klarastr. 24, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511/ 44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/84 84 06.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-[illegible], Do 9-13 und 15-18, Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di-Fr 17-18.30 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi. - Fr. 16 - 18 Uhr, Sa. 11 - 13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mi 17-19 Uhr, Sa 10-12 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.